

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Samburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 29. September 1894.

Inserate die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Vom Achtstundentag.

Am 1. April 1892 führte der Berliner Salonfabrikant Heinrich Freese in seiner Fabrik den Achtstundentag ein. Bereits Ende des genannten Jahres machte eine Notiz die Kunde durch die Arbeiterpresse, wonach der Achtstundentag sich gut bewährt habe und Unternehmer wie Arbeiter damit sehr zufrieden seien. Es hieß damals auch, daß das preussische Handelsministerium dem Versuch das größte Interesse entgegenbringe und bei den betreffenden Arbeitern in den Arbeitsräumen wie in ihren Wohnungen Erkundigungen einzuziehen lieh, wie sie mit dem Achtstundentag zufrieden seien. Die Antwort der Arbeiter sei eine recht günstige gewesen.

Unlängst hat nun Herr Freese im freisinnigen Berliner Arbeiterverein einen Vortrag über die Einführung und die Resultate des Achtstundentages in seiner Fabrik gehalten. Er führte aus, daß er bereits seit 1886 in seinem Betriebe Erfahrungen gesammelt habe, inwieweit die Einführung einer Maximalarbeitszeit für männliche Arbeiter möglich sei. Früher habe in seiner Fabrik völlige Regellosigkeit in Bezug auf die Arbeitszeit bestanden; in der Hochsaison seien Nacht- und Sonntagsarbeit üblich gewesen. Zufällige Beobachtungen seien die Veranlassung gewesen, zunächst gegen die Sonntags- und Ueberstundenarbeit vorzugehen und diese nach und nach abzuschaffen, ohne daß die Arbeitererschaft oder das Unternehmen dabei Schaden gelitten hätte. Im Jahre 1890 wurde eine Generalversammlung der Arbeiter zur Besprechung der Arbeitszeitverkürzung einberufen. Das Resultat bestand darin, daß seitens der Arbeiter eine 10 bis 15prozentige Lohnerhöhung verlangt wurde, ohne welche sie mit der Arbeitszeitreduktion auf acht Stunden nicht einverstanden wären. Diese Lohnerhöhung hätte aber für Herrn Freese eine jährliche Mehrausgabe von 7000 M. verursacht, weswegen er die Frage damals ungelöst ließ. Man einigte sich jedoch dann auf den Neunstundentag.

Schon früher habe er die Wahrnehmung gemacht, daß in der stillen Zeit, wo öfter zwei und noch mehr Stunden pro Tag weniger gearbeitet wurde, zunächst das Quantum der geleisteten Arbeit fast nicht zurückging und damit auch der Lohn derselbe blieb. Als eine Arbeitergruppe, die Bader, dann mit einer Lohnerhöhung kamen — die Akkordsätze wurden schon seit längerer Zeit von beiden Theilen auf zwei Jahre vorausbestimmt — sei der Vorschlag der Betriebsleitung, für die im Lohne beschäftigten Arbeiter das Risiko zu tragen resp. den alten Lohnsatz zu garantieren, während die Arbeitszeit für alle Beschäftigten zunächst probeweise auf 8 Stunden festzusetzen wäre, von der Majorität der Arbeiter angenommen worden. Widerspruch wurde nur von einzelnen älteren Arbeitern laut, welche meinten, in dem schnellen Tempo nicht mitkommen zu können.

Die Achtstundenarbeit wurde nun auf's strengste innegehalten, und genau so gut, wie man bei zweckentsprechender Disposition ohne Sonntags- und Ueberstundenarbeit auskomme, ebenso habe diese Maßregel einen Schaden in keiner Beziehung gebracht.

Herr Freese gab sodann einen Auszug des wöchentlichen Verdienstes der einzelnen Arbeitergruppen. Der allgemeine Durchschnitt beträgt demnach in der Periode der unregelmäßigen Arbeitszeit 24,55 M., bei 9 1/2 Stunden 24,25 M., bei 9 Stunden 23,07 M. und bei 8 Stunden 23,67 M. Mit Ausnahme der Maler und Schlosser haben die Arbeiter den Lohnsatz trotz verkürzter Arbeitszeit noch gesteigert. Klagen der Arbeiter wegen des Achtstundentages sind nicht vorgekommen, dagegen sind die Vortheile für die Gesundheit unverkennbar; auch der Fabrikant habe keinen Anlaß, mit dem Achtstundentag unzufrieden zu sein. Die Ersparniß an Beleuchtung, Heizung, Maschinenkraft sei ganz erheblich; interessant sei auch, zu beobachten, daß selbst die Leistung der Maschinen, da durch zweckmäßige Einteilung eine Reihe kleiner Pausen fortzufallen, sich etwas erhöht habe. Das Produkt habe in keiner Beziehung gelitten.

Herr Freese führte dann aus, welchen Gefahren vorgebeugt würde, wenn der Staat sich entschloße, möglichst bald die Frage in dem Sinne, wie sie die übergroße Mehrheit der Arbeiter wolle, zu lösen. Ausgeschlossen sei, daß auf anderem Wege (freie Vereinbarung) in absehbarer Zeit das Ziel, nach dem sich Millionen sehnen, zu erreichen wäre.

Bemerkenswert ist, daß in der betreffenden freisinnigen Vereinsversammlung nach Schluß des Freese'schen Vortrages ein antisemitischer Redner, welcher behauptete, daß nur die konservativ-christlichsozial-antisemitischen Gruppen allein geeignet wären, den Achtstundentag im Parlament zu vertreten, nur ausgeschlossen wurde; von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß die sozialdemokratische Fraktion schon seit Jahren in diesem Sinne thätig sei. Der Vorsitzende hob erklärte schließlich unter Zustimmung der Versammlung, daß die freisinnige Volkspartei, wenn sie sich weigere, das Postulat des Maximalarbeitstages in das neue Programm mit aufzunehmen, als entschiedene Gegnerin jeder sozialen Reform energisch zu kämpfen sei.

Ueber gleich günstige Ergebnisse des Achtstundentages wie der Fabrikant Freese konnte vor einiger Zeit die Maschinenfabrik von William Mather u. Platt in Manchester berichten. Die Firma beschäftigt 1200 Arbeiter und machte im Jahre 1893 den Versuch mit einer Reduktion der wöchentlichen Arbeitsstunden von 53 auf 48 bei folgender Arbeitseinteilung: die ersten fünf Wochentage von 7 Uhr 45 Minuten Morgens bis Mittags 12 Uhr und von 1 Uhr Mittags bis 5 Uhr 30 Minuten Nachmittags. Das Ergebnis der Arbeitszeit-

reduktion war eine Vermehrung der Produktivität und eine kleine Steigerung des Gesamtarbeiterslohnes, der unverändert beibehalten worden war. Die Firma ist mit diesen Ergebnissen so zufrieden, daß sie nun die wöchentlichen 48 Arbeitsstunden als dauernde Einrichtung beibehält. Da Mather liberaler Abgeordneter (Mitglied des Unterhauses) ist, so wird es nicht an Gelegenheit fehlen, seine Erfahrungen mit dem Achtstundentag zu Gunsten der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung in die Wagschale zu werfen.

Ein Erfolg in dieser Richtung ist übrigens bereits zu verzeichnen. Es waren nämlich die Erfahrungen in dem Manchester Unternehmen, welche seiner Zeit die Kriegs- und Marineverwaltung veranlaßten, in ihren Werkstätten ebenfalls den Achtstundentag einzuführen.

Nach der Praxis nun die Theorie. Anfangs September fand in Budapest der internationale Kongreß für Hygiene und Demographie statt, welcher sektionsweise eine ganze Reihe von Sitzungen mit Vorträgen und Beschlüssen abhielt. Die Teilnehmer dieses Kongresses sind meistens mehr oder weniger entschiedene Sozialpolitiker der verschiedensten Berufe. Fabrikanten, Aerzte, Fabrikinspektoren, Staatsbeamte etc. bestreifteten sich an den Verhandlungen. Diesmal waren auch mehrere Sozialdemokraten erschienen, so Dr. Jacek aus Berlin, Dr. Ellenbogen aus Wien; ferner der arbeiterfreundliche Nationalökonom Professor Dr. Singer aus Wien, Fabrikinspektor Dr. Schuler aus Wollis (Schweiz) usw.

In einer Sektion sprach sich der Chef des kaiserlichen statistischen Amtes in Berlin, v. Scheel, sehr ungünstig über die statistische Brauchbarkeit der von der obligatorischen Arbeiterversicherung gesammelten Daten an. Fabrikinspektor Dr. Schuler empfahl die Einführung der Fabrikinspektion und die Heranziehung von Hygienikern für dieselbe.

In einer anderen Sektion sprach der Budapestener Arzt Dr. Donath über die physische Degeneration der Bevölkerung in den modernen Kulturstaaten, für deren tatsächliches Vorhandensein er auf die Nekroskopieergebnisse verwies und dafür die moderne kapitalistische Produktionsweise mit ihren Hungerlöhnen und der schlechten Lebensweise der Arbeiterbevölkerung verantwortlich erklärte. Als Mittel dagegen wurde in einer Resolution das Eingreifen der Gesetzgebung empfohlen, deren wichtigste Maßnahme die Verkürzung der Arbeitszeit sein sollte.

Ueber den Einfluß der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter referirte in einer Sektion der Hygienischen Abtheilung der Oepelner Regierung und Medizinalrath Dr. Roth. Er fasste seine Ausführungen in folgende Thesen zusammen. 1. Die Arbeitsdauer muß um so kürzer sein, je körperlich oder geistig anstrengender die Arbeit und je gefährlicher die gewerbliche Beschäftigung

ist. 2. Die Arbeitszeit muß um so kürzer sein, je weniger entwickelt und je weniger widerstandsfähig der Organismus des Arbeiters ist. 3. Frauen und jugendliche Arbeiter sind von allen körperlich anstrengenden Arbeiten, sowie aus Betrieben, wo ihre Gesundheit durch Einwirkung giftiger Substanzen oder staubentwickelnder Materialien bedroht wird, oder die eine besondere und anhaltende Aufmerksamkeit erfordern, auszuschließen. 4. Jugendlieche Arbeiter bis zu 18 Jahren sind den gesetzlich geschützten Personen von 14—16 Jahren zuzuzählen. 5. Auch wo die Fabrikarbeit eine direkt nachweisbare körperliche oder geistige Ueberbürdung nicht herbeiführt und mit erheblichen Betriebsgefahren nicht verbunden ist, darf die tägliche Arbeitszeit eine bestimmte Dauer nicht überschreiten. Soll ein durchschnittliches Maximum festgesetzt werden, so dürfte eine zehnstündige tägliche Arbeitsdauer im Allgemeinen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend und eine längere Arbeitszeit weder im Interesse der Arbeiter noch der Arbeitgeber gelegen sein. Ausgenommen bleiben diejenigen Betriebe, die eine genaue Umgrenzung der Arbeitszeit nicht zulassen. 6. Das System der Ueberstundenarbeit bedarf dringend notwendig der Einschränkung. 7. Für jugendliche Arbeiter ist außer der Mittagspause eine regelmäßige Unterbrechung der Fabrikarbeit durch vorgeschriebene und kontrollirte Vormittags- und Nachmittagspausen erforderlich. Es ist darauf hinzuwirken, daß die für jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen überall da, wo die Arbeit in gleichbleibender Stellung verrichtet wird, möglichst durch Turn- und Bewegungsspiele, wozu bei schlechter Witterung geeignete Räume zur Verfügung sein müssen, ausgefüllt werden. Eine Verschiebung oder Eliminirung der Vormittags- und Nachmittagspausen dadurch, daß die Mittagspause entsprechend verlängert wird, liegt nicht im Interesse dieser Arbeiterklassen. Für die erwachsenen Arbeiter sind außer einer mindestens einstündigen Mittagspause Arbeitsunterbrechungen dann vorzusehen, wenn die ununterbrochene Arbeitsdauer vier Stunden und die Gesamtdauer der Arbeitszeit acht Stunden überschreitet. Ausnahmen können für leichtere Betriebe im Einverständnis mit der Arbeiterschaft zugelassen werden. 8. Die Ausdehnung gesetzlicher Schutzmaßnahmen auf Hausindustrie und Handwerk ist eine der dringendsten Forderungen der Gewerbehygiene.

In dieser Resolution wird der zehnstündige Arbeitstag empfohlen; nun, es würde heute in Deutschland und auch in anderen Ländern die Arbeiterschaft keine gesetzliche Einführung mit Freude begrüßen, unbeschadet unserer Forderung des Achtstundentages und der Waiserei.

Für den Achtstundentag ohne jede beschränkende Klausel erklärte sich eine andere Sektion. Der Referent war hier Professor Dr. Singer aus Wien, der — Welt stürze zusammen! — darin

sogar von dem Vertreter der kapitalistischen Reichsberger Handelskammer, Czermak-Auffig und dem Wiener Fabrikanten Matitsch unterstützt wurde. Letzterer theilte hierbei mit, daß in seiner Spigenfabrik (S. Damböck), der größten auf dem Kontinent, seit 1888 bereits der Achtstundentag eingeführt und man damit sehr zufrieden sei. Gleichzeitig bekräftigte er die Abschaffung der Nachtarbeit. Die von Professor Dr. Singer beantragte und von der Versammlung mit feierlichem Beifall angenommene Resolution lautet: „Die IX. Sektion des VIII. internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie spricht sich, mit Hinblick auf die allgemein zu Tage getretenen segensreichen Folgen der allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit und die hygienische Schädlichkeit der Nachtarbeit, im Prinzip für den Achtstundentag und die Abschaffung der Nachtarbeit aus und fordert die gesetzlichen Faktoren aller Staaten moderner Zivilisation an, die schrittweise Einführung des Achtstundentages für die gewerblichen Arbeiter anzubahnen und die Nachtarbeit in allen Betrieben zu verbieten, mit Ausnahme derjenigen, für welche sie aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Rücksichten unentbehrlich ist.“

Bemerkenswerth ist die vom Vorsitzenden dieser Sektion, Dr. Anton Löw-Wien gemachte Mittheilung, daß er dem Referenten Singer einen Fabrikarzt zur Seite stellen wollte, jedoch keinen gewinnen konnte, weil ein Fabrikarzt aus wissenschaftlichen Gründen nicht gegen und aus Furcht vor seinem kapitalistischen Brodgeber auch nicht dafür sprechen könne.

Noch in einer anderen Sektion wurde für den Achtstundentag vom Referenten Dr. Felix-Brüffel gesprochen. Er sagte u. A.: Der zivilisierte Mensch hat unter allen sozialen Verhältnissen nicht nur das Recht auf durchschnittlich acht Stunden Schlaf zur Nachtzeit — da der Schlaf am Tage durchaus nicht die Kräfte erneuert —, sondern er hat auch das Recht auf eine ausreichende Ruhe, um seine Maßzeiten einzunehmen, für seine persönliche Gesundheit und Reinlichkeit zu sorgen, seine geistige Ausbildung zu pflegen und seine Gemüthsempfindungen durch die Ausübung seiner Pflichten gegen die Familie, die Gesellschaft und das Vaterland zu erhöhen. Diese Bedingungen erscheinen uns unerlässlich für das Glück der Menschheit und sind die sichersten Bürgschaften für das Gedeihen der Völker, den sozialen Frieden und die allgemeine Brüderlichkeit.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich auf dem Kongresse keine Stimme erhoben.

Die in Budapest für die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden stattgefundenen Kundgebungen haben unseres Erachtens keine geringe moralische Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung zu Gunsten des Achtstundentages, namentlich auch deshalb, da sie in der Hauptsache aus denselben Gründen erfolgten, aus denen auch wir für dieses Postulat eintreten. Die Kundgebungen sind auch unter dem Gesichtspunkte bedeutend, daß sie von allen Gegnern mit Eifer gegen uns ausgeübt wurden, wenn sie umgekehrt sich gegen den Achtstundentag richteten. Die Budapestener Kundgebungen dokumentieren, um mit Fr. Alb. Lange zu reden, die Besiegung der falschen Willensrichtung, die sich allen durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegengestellt hat; sie sind daher zu begrüßen, wenn schon der allgemeine und positive Kampf um den Achtstundentag und die Emanzipation vom Kapitalismus von der Arbeiterklasse selbst geführt und entschieden werden muß. Ungeachtet dessen wird man sich bei allen Unternehmungen für die Verkürzung der Arbeitszeit außer auf die Resultate des

eingeführten Achtstundentages auch auf die Budapestener Kundgebungen für denselben berufen können.

Die Arbeitsvermittlung.

(Schluß.)

In der Schweiz bestehen öffentliche Arbeitsnachweise in Bern, Basel, Biel, St. Gallen und Schaffhausen. Alle diese Arbeitsnachweise zerfallen in eine weibliche und eine männliche Abtheilung, die je von einem weiblichen und einem männlichen Angestellten verwaltet werden. Die Aufsicht führen Kommissionen, welche aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und der Gemeindebehörden zusammengesetzt sind; diese Kommissionen wählen mehrgliedrige Frauenkomitees zur Beaufsichtigung der weiblichen Abtheilung der Arbeitsnachweise. Uebereinstimmend enthalten die Statuten derselben die Bestimmung, daß bei Arbeitseinstellungen die Arbeitsnachweise ihre Thätigkeit für die betreffende Branche bis zur definitiven Erledigung des Streitfalls einzustellen haben; dagegen sollen sie zur Schlichtung der bezüglichen Streitigkeiten zu vermitteln suchen. In allen fünf Arbeitsnachweisen werden Einschreib- oder Vermittlungsgebühren bezogen. In Bern z. B. beträgt die Anmeldegebühr für Erbsarbeiter, Handlanger, Ausländer u. s. w. 10 Cts., die Vermittlungsgebühr 20 Cts.; für Diensthöten und Wirtschaftspersonal 40 und 40, wenn der Lohn monatlich 20 Fr. übersteigt und je 30 Cts., wenn der Lohn nur bis zu 20 Fr. monatlich beträgt; Handwerksgehilfen zahlen 30 und 50 Cts., Handwerksmeister 50 und 50 Cts.; Lehrlinge je 50 und Angestellte, Handelsleute u. s. w. 80 und 80 Cts. Die Gebühren sind vom Arbeiter wie Unternehmer zu bezahlen. Die Vermittlungsgebühr wird zurückerstattet, wenn keine Vermittlung erfolgt. Außerdem können mittellose Arbeiter den Arbeitsnachweis unentgeltlich benutzen.

Die Bureauezeit ist festgesetzt von 8 bis 22 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags an Wochentagen und von 11—12 Uhr Vormittags an Sonntagen. In die Kontrolle ist u. A. auch einzutragen, welchen Arbeitslohn der Unternehmer zahlen will, resp. welchen Lohnbetrag der Arbeiter verlangt.

Die über die Einnahmen aus den Vermittlungsgebühren hinaus entstehenden Betriebsdefizite werden von den betreffenden Städten gedeckt.

Der Berner Arbeitsnachweis ist Ende 1888 in Wirksamkeit getreten. Nach dem Jahresberichte von 1892 betragen die Arbeitsangebote der Unternehmer in der männlichen Abtheilung 317, die Arbeitsnachfragen der Arbeiter 485, die erfolgten Vermittlungen 247; auf der weiblichen Abtheilung betragen die Angebote 1112, die Nachfragen 1533 und die Vermittlung 825; Total beider Abtheilungen 1429 Angebote, 2018 Nachfragen und 1072 Vermittlungen. Die Vermittlungsgebühren warfen Fr. 2614,10 ab, die Stadt hatte Fr. 2909 darauf zu zahlen. Von den Fr. 5914,10 Ausgaben entfielen Fr. 3000 auf den Vorsteher und Fr. 1500 auf die Vorsteherin als Gehälter. Beim Basler Arbeitsnachweis meldeten sich auf der männlichen Abtheilung 1893 2872 (1892: 2590) Stellensuchende und 2021 Unternehmer (1666) verlangten die Zuweisung von Arbeitern. 2063 Arbeiter erhielten durch das Bureau Beschäftigung, was 71,8 Proz. (61 Proz.) der Gemeldeten ausmacht. 1933 (= 95,5 Proz., 1892: 92,8 Proz.) Unternehmer erhielten die verlangten Arbeiter. Auf der weiblichen Abtheilung meldeten sich 2223 (2270) Stellensuchende, wovon 1730 = 77,8 Prozent (66,5 Proz.) Beschäftigung erhielten. Von den Arbeitgebern erhielten 1698 = 89 Proz. (71,5 Proz.) die verlangten Arbeitskräfte. Das Total

des Verkehrs beträgt 3928 Unternehmer, 5095 Arbeiter, zusammen 9023 und 3793 Vermittlungen.

In den einzelnen Monaten meldeten sich Arbeiter auf der

	männlichen		weiblichen	
	Total	Erfolg	Total	Erfolg
Januar	173	104	185	139
Februar	195	121	159	110
März	291	210	249	185
April	313	212	222	168
Mai	304	228	218	174
Juni	288	210	218	174
Juli	247	168	157	132
August	274	209	204	160
September	302	258	187	149
Oktober	231	163	176	147
November	175	131	141	114
Dezember	79	49	107	78

In der männlichen Abtheilung hatten den größten Verkehr die Schreiner mit 328, die Hansburschen mit 315, die Holzleute mit 258, die Tagelöhner mit 243, die Metzler 186, Schlosser 180, Maler 120, Ausläufer 115, Spengler 112, Schneider 82, Magazinarbeiter 65, Mechaniker 10, Eisenbreher 13, Schmiede 43, Gießer 7 u. s. w. In der weiblichen Abtheilung waren obenan die Dienstmädchen mit 1170, Privat-Zimmermädchen 191, Privat-Schönheiten 152, Kellnerinnen 128, Küchenmädchen 99, Kindsmädchen 96, Büffetdamen 13, Fabrikmädchen 6, Schmelberinnen 3, Erzieherninnen 2 u. s. w.

Bemerkenswerth ist, daß sich stets mehr Arbeiter anmelden als von den Unternehmern gesucht werden, was die Existenz beständiger Arbeitslosigkeit beweist und daß ferner die Arbeitergesuche der Unternehmer nicht vollständig befriedigt werden können. Der Grund hiervon wird wohl darin liegen, daß die vom Arbeitsnachweis den Unternehmern zugewiesenen Arbeiter nicht immer den gestellten Anforderungen entsprechen und daß manche beim Arbeitsnachweise angemeldete Arbeitsstelle ohne dessen Mitwirkung besetzt wird.

Die Basler Staatskasse hat im Jahre 1893 dem Arbeitsnachweis Fr. 1211,15 zuweisen müssen, die eigenen Einnahmen aus den Gebühren betragen Fr. 5103,20. Von den Ausgaben in Höhe von Fr. 6314,35 entfielen Fr. 5400 auf Befolgungen der Angestellten.

In Deutschland war es die Sozialdemokratie, welche in dem von ihr im Jahre 1885 dem Reichstage vorgelegten Arbeiterschutzgesetzentwurf die Einrichtung des unentgeltlichen Arbeitsnachweises als eine der Aufgaben der vorgeschlagenen Arbeitsämter bezeichnete. Der § 133c des Entwurfes sagt darüber: „Das Arbeitsamt organisiert innerhalb seines Bezirkes den unentgeltlichen Arbeitsnachweis und bildet für diesen eine Zentralstelle. Es ist befugt, in den ihm passend erscheinenden Orten für diesen Zweck Filialen zu errichten, welche, wenn kein gewerblicher Verband sich findet, der eine solche zu übernehmen bereit ist, die Ortspolizeibehörde zu übernehmen verpflichtet ist.“

Die Arbeitsämter sowohl als der unentgeltliche öffentliche Arbeitsnachweis wurden damals als „Utopien“ von allen Parteien bekämpft und abgelehnt. Nun kommt im vorigen Jahre der damalige Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegerichts, Amtsrichter Lautenschlager, und macht die Anregung eines kommunalen unentgeltlichen Arbeitsnachweises u. s. w. Wie seiner Zeit in Bern die mit den Vorarbeiten zur Einführung des Arbeitsnachweises beauftragte stadtträtliche Kommission nach Möglichkeit den bestehenden Arbeitsverkehr zu erforschen und darzulegen suchte, so versuhr in gleicher Weise auch Herr Lautenschlager in Stuttgart. Er fand, daß in Stuttgart 47,000 gewerbliche Arbeiter, Diensthöten und Lehrlinge beschäftigt sind und jährlich zirka 74,000 Arbeitsstellen besetzt werden, so daß im Durchschnitt ein Arbeiter 7 bis

8 Monate auf einem Arbeitsplatz bleibt. Ein einziges Stuttgarter Blatt, das verbreitetste, bringt im Jahre 20,000 bis 30,000 Stellenanzeigen. Viele Stellen werden durch gegenseitige Mittheilung der Arbeiter besetzt, andere durch das Umschauen der Arbeiter; die Unternehmer wenden sich an Herbergen, an das städtische Amt, an Wirtschaften, wo Arbeiter verkehren. Daneben bestehen die privaten und christlichen Arbeitsvermittlungsinstitutionen (Bureaus) und diejenigen der Arbeiter- und Meistervereinigungen. Namentlich in den Handwerken, wo die Gehilfen bei den Meistern Kost und Logis erhalten, sind diese bestrebt, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen; in diesen Arbeitsnachweisen kommen auch Durchstechereien vor, d. h. Herr Lautenschlager hat hier Korruption gefunden, von der wir bereits im ersten Artikel redeten. Sämmtliche Gewerkschaften haben Arbeitsnachweise, doch nur wenige haben Erfolge erzielt.

Diese Darstellung des Arbeitsverkehrs ist die Grundlage für die Vorschläge Lautenschlager's zur Errichtung eines Arbeitsamtes. Dasselbe soll jederzeit gewerbliche Arbeit in zwei Abtheilungen, in einer männlichen und einer weiblichen, vermitteln. Die aufsichtführende Kommission soll vom Gewerbegericht gewählt werden und zwar je zur Hälfte aus Arbeitern und Unternehmern. Die Angestellten wählt der Gemeinderath. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Die auf 5000 Mk veranschlagten Kosten trägt die Stadt. Ueber die Stellungnahme des städtischen Arbeitsamtes ist im unvortheilhaften Unterschied zu den schweizerischen Arbeitsämtern nichts in den Vorschlägen gesagt; hier ist eben das Schweigen Silber und das Neben Gold, da es nur die Neutralität der Einrichtung erklären kann.

Die organisierte Arbeiterschaft war mit der Lautenschlager'schen Anregung einverstanden und auch die im Gewerbegericht vertretenen Unternehmer stimmten zu. Dagegen bereiteten die bürgerlichen Kollegen dem Projekte alle möglichen Schwierigkeiten und haben es nach wiederholter Berathung an eine Kommission gewiesen, die ihm offenbar ein stilles Begräbniß bereiten soll.

Daß guter Wille auch in dieser Beziehung rasch zum Ziele führt, beweist das Vorgehen in Göttingen. Hier ist von den Stadtverordneten in einer einzigen Sitzung die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises nach dem Lautenschlager'schen Projekt beschlossen worden und am 1. April trat die Einrichtung bereits in Wirksamkeit. Im ersten Monat meldeten sich 169 Arbeiter und 123 Unternehmer. Die dortige Polizei will das Umschauen allmählich außer Übung bringen. Eine begrüßenswerthe Einrichtung ist, daß der wandernde Arbeiter, wenn er keine Beschäftigung haben kann, hierüber vom Arbeitsnachweis eine Bescheinigung erhält, womit der Inhaber vor dem Verdacht der Landstreicherei geschützt ist. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich und wird vom Gerichtsschreiber nebenbei besorgt, der dafür eine besondere Entschädigung erhält. Das ist zwar billig, ob aber auch praktisch, wird die Erfahrung lehren.

Recht bemerkenswerth ist, daß bei der vor einiger Zeit in Schwäbisch-Gmünd stattgefundenen Bürgermeisterwahl alle Bewerber versprochen, für die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes nach Stuttgarter Muster eintreten zu wollen.

In Fürth in Bayern wird am 1. Januar 1895 ein städtischer Arbeitsnachweis in's Leben treten; derselbe soll bei Bewährung später zu einem Arbeitsamt erweitert werden. In Frankfurt a. M. dürfte der städtische Arbeitsnachweis in nächster Zeit eröffnet werden, da die Statuten bereits die Genehmigung der Regierung in Wiesbaden gefunden

haben; die dortigen Bureaufrauen, päpstlicher als der Papst — voll von widerlichem Unfehlbarkeitsdünkel und eitler Bevormundungssucht —, haben aber die Bestimmung des Statuts betreffs der Neutralität des Arbeitsnachweises bei Streiks gestrichen, die doch die Zustimmung der Unternehmer-Besitzer im Gewerbegericht und der bürgerlichen Kollegien gefunden hatte. Es ist ein trauriger Zustand, daß die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland nicht einmal so weit geht, daß sie ohne das Dornreden der staatlichen Bureaufrauen einen Arbeitsnachweis einrichten kann. Der ganze Jammer und die Mischverständigkeit in der Entwicklung des deutschen Bürgerthums tritt einem da entgegen.

In Verathung steht ferner die Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in einer ganzen Anzahl deutscher Städte; so in Erfurt, Mainz, Hanau, Oldenburg, Köln, Berlin, Leipzig, München etc. Zum großen Theile geht die Anregung dazu von den organisirten Arbeitern, den örtlichen Gewerkschaftskartellen aus und wo dies nicht der Fall ist, helfen sie mit, städtische Arbeitsnachweise zu errichten. Die Berliner Gewerkschaftskommission begründete ihren bezüglichen Antrag an den Magistrat folgendermaßen: „Die Berliner Gewerkschaftskommission und der Ausschuß der Berliner Gewerbegerichtsbesitzer (Arbeiter) haben sich nach eingehender Verathung des Gegenstandes davon überzeugt, daß die Centralisirung des Arbeitsvermittlungswesens für Berlin eine Nothwendigkeit ist. In Erwägung dessen und angesichts der Thatsache, daß es den Bemühungen der einzelnen Gewerkschaften bisher nicht gelungen ist, die geschäftsmäßig betriebene private Arbeitsvermittlung, wie sie in Berlin auf Kosten der Arbeitslosen in größtentheils schamloser Weise betrieben wird, zu beseitigen, fordern sie die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises auf Kosten der Stadt.“ Und dann folgen die Grundzüge der Organisation, in denen aber die Streiks nicht berührt werden, welche Lücke jedoch vom Ausschuß des Gewerbegerichts in Sinne neutraler Stellungnahme ausgefüllt wurde.

Die Initiative und Mitwirkung der organisirten Arbeiterschaft bei der Organisation öffentlicher Arbeitsnachweise bedeutet nichts Geringeres als den Verzicht auf die Arbeitsvermittlung im Thätigkeitsprogramm der Gewerkschaften. Da sie jedoch vielfach über kümmerliche Anfänge kaum hinausgekommen und somit ihrerseits zur Förderung und Stärkung der Gewerkschaften nichts oder wenig beitragen konnte, hüben diese durch den Verzicht nichts an ihrer Lebens- und Entwicklungsfähigkeit ein. Wahren sich überall die organisirten Arbeiter auf den städtischen Arbeitsnachweis wenigstens denselben Einfluß wie die Unternehmer, so tauschen sie damit gegen ihre bescheidenen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise nichts Geringerwerthiges ein.

Für die Gemeinde bedeutet die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises unter freier Mitwirkung der Arbeiter und Unternehmer ein neues, belebendes Element. Bisher kennt die Gemeinde den Arbeiter nur als Steuerzahler und in der Nothlage als Almosenempfänger. Fast alles Andere, was die heutige Gemeinde thut und läßt, geschieht in Rücksicht auf die Besitzenden; kommt davon das Eine oder Andere auch dem Arbeiter zu Gute, so ist es ebenso unbeabsichtigte wie unvermeidliche Folge — unmerklich bei den mannigfachen Zusammenhängen der in einer Gemeinde lebenden Bevölkerung. Durch die neue Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise könnte die Gemeindepolitik vielleicht mehr in die soziale Richtung geleitet und so auch die Gemeinde in den Dienst ernster Sozialreform gestellt werden.

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahr 1893.

Durch Vereinigung mehrerer Organisationen zu einem gemeinsamen Verband ist die Zahl der Zentralverbände in den letzten Jahren ständig geringer geworden. Gegenwärtig bestehen einschließlich der im Berichtsjahre neugegründeten Verbände der Schlachter und der süddeutschen Müller 53 Zentralorganisationen. Aufgelöst haben sich in Folge der Maßregelungen der Mitglieder auf den fiskalischen Grund die Vereinigungen der Bergleute des Saarreviers, 22,400 Mitglieder, und der Posamentiere, 154 Mitglieder. Die 50 Organisationen, welche in der Statistik, die die Generalkommission für 1893 aufgenommen hat und nach der wir, wie auch zum Theile der Meinungsabgabe der Kommission folgend, gegenwärtige Angaben machen, angeführt sind, haben zusammen 221,530 Mitglieder, worunter 5384 weibliche, die sich in 14 Organisationen vorfinden. Die stärksten Organisationen sind: Metallarbeiter (28,429), Holzarbeiter (23,760), Buchdrucker (16,520), Tabakarbeiter (13,750), Maurer (12,167), Bergarbeiter in Westfalen (11,174) und Schuhmacher (10,356 Mitglieder). In allen anderen Organisationen war die Mitgliederzahl geringer als 10,000 und zwar betrug die Mitgliederzahl der Bauarbeiter 1675, Bergarbeiter im Königsreiche Sachsen 8013, Bildhauer 2749, Böttcher 3800, Brauer 4049, Buchbinder 3421, Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter 4619, Former 2757, Glacehandschuhmacher 2330, Glasarbeiter 2129, Glaser 1500, Gold- und Silberarbeiter 1413, Gutmacher 2641, Kupferschmiede 2675, Lederarbeiter 2600, Lithographen und Steinbrücker 4083, Maler 5600, Porzellanarbeiter 5991, Sattler 1366, Schiffbauer und Schiffahrer 1600, Schiffszimmerer 1400, Schmiede 1500, Schneider 7318, Steinsetzer 2249, Textilarbeiter 8012, Töpfer 3235, Zimmerer 7673, unter 1000 Mitgliedern und zwar bis auf 100, 200, 300 usw. herab zählen die Verbände der Bäcker, Barbieren, Dachbeder, Tapetenbrücker, Gärtner, Arbeiter auf Holzplätzen usw., Konditoren, Korbmacher, Kürschner, Müller, Plätterinnen, Seiler, Stuckateure, Vergolder und Zigarrenfortirer. Ein Vergleich dieser Mitgliederzahlen mit den im Jahre 1892 vorhandenen ergibt, daß in 25 Organisationen eine Zunahme von zusammen 19,739 (Barbieren 355, Bergarbeiter in Sachsen 807, Brauer 459, Buchbinder 669, Buchdrucker 520 (die Zahl scheint falsch; laut Vierteljahrsberichten traten in 1893 3128 Kollegen zum Verband, austraten und ausgeschloffen wurden 1210, so daß ein Mehr von 1918 Mitgliedern entstand), Fabrikarbeiter 2619, Former 320, Glacehandschuhmacher 114, Glasarbeiter 185, Holzarbeiterverband 2047, Kupferschmiede 45, Lederarbeiter 717, Lithographen 164, Maler 833, Maurer 325, Metallarbeiter 2308, Porzellanarbeiter 879, Sattler 264, Schiffszimmerer 46, Schneider 1046, Schuhmacher 206, Steinsetzer 323, Tabakarbeiter 2671, Textilarbeiter 1497, Vergolder 200 und Zigarrenfortirer 120) und in 21 Organisationen eine Abnahme von zusammen 10,749 Mitgliedern (Bäcker 411, Bauarbeiter 325, Bergarbeiter in Westfalen 4126, Bildhauer 57, Böttcher 400, Dachbeder 71, Gärtner 254, Goldarbeiter 521, Holzarbeiter (Hilfsarbeiter) 102, Gutmacher 24, Konditoren 92, Korbmacher 145, Kürschner 660, Müller 628, Schiffbauer und Schiffahrer 394, Schmiede 200, Seiler 33, Stuckateure 20, Tapezierer 123, Töpfer 1465 und Zimmerer 698) vorhanden ist. Die Auflösung des Rechtschutzvereins der Bergleute des Saarreviers hat dazu geführt, daß die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter im Jahre 1893 gegenüber 1892 um 14,924 zurück-

gegangen ist. Während 1892 bei Hinzurechnung der Zahlen, welche über die lokalen Arbeiterorganisationen angegeben waren, 214,734 Mitglieder sich in den gewerkschaftlichen Organisationen befanden, erzielte dieselbe Berechnung für 1893 nur 229,810 Mitglieder. Außerdem sind noch die Kaufleute, Handelshilfsarbeiter, Stellner, Seeleute und die Feiger und Trimmer 7000 Köpfe stark vereinigt.

Gleich wie die Mitgliederzahlen geht auch die Zahl der Mitgliedschaften der einzelnen Verbände eine Stufenleiter herunter. Wir lassen sie der Reihe nach passiren: Obenan steht die Buchdrucker-Organisation mit 620 Mitgliedschaften, es folgen die Holzarbeiter mit 356, Metallarbeiter 335, Tabakarbeiter 267, Schuhmacher 230, Schneider 209, Zimmerer 173, Bergarbeiter in Westfalen und Maurer 171, Töpfer 118, Porzellanarbeiter 114, Maler 96, Lithographen und Steinbrücker 86, Textilarbeiter 77, Bildhauer 76, Lederarbeiter 70, Böttcher 58, Buchbinder 57, Former 56, Bergarbeiter in Sachsen 54, die übrigen unter 50.

Wenn sich auch nicht sagen läßt, daß die Gewerkschaftsbewegung an Stärke zugenommen hat, so muß doch, abgesehen von den besonderen Umständen, die zu einer Verringerung der Zahl der den Organisationen angehörigen Bergleute geführt haben, zugegeben werden, daß ein kleiner Aufschwung in den meisten Organisationen vorhanden ist.

Die Jahresrechnungen von 44 nachgewiesenen Organisationen stellen sich auf 2,246,366 M. (1892 in 46 2,031,922). Ausgegeben wurden für Reiseunterstützung von 33 Verbänden 328,748 M. (1892 382,607), Arbeitslosenunterstützung von 11 Verbänden 304,648 M. (1892 in 14 357,087), Streikunterstützung in 27 Verbänden 65,356 M. (1892 in 20 44,943), Gemäßregelten-Unterstützung in 24 Verbänden 28,326 M. (1892 in 19 236,964) usw. Summa der Ausgaben in 46 Organisationen 2,036,025 M. (1892 in 50 1,786,271). Kassenbestand in 47 Organisationen 800,579 M. (1892 in 52 646,415).

Die Beitragsleistungen werden am besten veranschaulicht aus der Jahresrechnung pro Kopf der Mitglieder. Danach zahlten die Buchdrucker 46,44 M., Gutmacher 43,69, Bildhauer 31,72, Glacehandschuhmacher 20,06, Porzellanarbeiter 16,40, Kupferschmiede 12,58, Lederarbeiter 10,92, Lithographen 9,15, Glasarbeiter 8,70, Buchbinder 8,30, Zimmerer 8,28, Vergolder 8,25, Töpfer 8,21, Tabakarbeiter 7,61, Former 7,50, Maurer 7,25, Metallarbeiter 6,93, Schneider 5,69 usw. An wirklichen Beiträgen ziehen ein monatlich: 1 Gewerkschaft 20, 1 25, 2 30, 3 40, 1 50, 3 60 und 1 80 S.; wöchentlich: 10 10, 17 15, 6 20, 4 25, 1 35, 2 50 und 1 110 S.; daneben kommen noch Extrastuern vor.

Wie ersichtlich finden sich in der Beitragsleistung zu den einzelnen Organisationen ganz erhebliche Abweichungen vor. Wer aber annimmt, daß die Arbeiter, welche höhere Beiträge zahlen, dies lediglich in Folge höherer Arbeitsverdienste thun, der irrt sich. In Betreff derjenigen, welche für ihre Organisationen die höchsten Beiträge leisten, gibt es Arbeiter genug, deren Einkommen sich oft geringer stellt als bei denjenigen, welche nur wenige Pfennige für die Organisation zu opfern bereit sind. Es liegt die Beitragsleistung thatsächlich auch nicht in dem Können, sondern, soweit es sich nicht um Arbeitslose handelt, in dem Willen.

Ein interessantes Kapitel bietet auch die Presse der Gewerkschaften. 39 Verbände, die ihr Organ obligatorisch lieferten, hatten dafür an Ausgaben die erhebliche Summe von 292,157 M., also nicht viel weniger als 300,000 M., die noch bedeutend überschritten würden, wenn man die Kosten der acht im

Abonnement erscheinenden Blätter, worunter der Corr., hinzurechnete. Die höchste Summe zahlten die Holzarbeiter und zwar 38,587 M., es folgen die Metallarbeiter mit 37,276 M., Maurer 23,961, Tabakarbeiter 22,719, Bergarbeiter Westfalens 16,360, Zimmerer 16,092, Textilarbeiter 15,199, Bergarbeiter in Sachsen 14,008, Schneider 1100, die übrigen darunter. Der Ausgaben-Gesamtbetrag des Correspondenten betrug laut Abrechnung 20,209,46 M. Die Abonnementspreise der Gewerkschaftsorgane sind sehr verschieden und variiren zwischen 25 S und 1,50 M. Erscheinungsweise: 3 monatlich, 15 alle 14 Tage, 1 monatlich dreimal, 26 wöchentlich, 1 (Corr.) wöchentlich dreimal, 1 nach Bedarf. Bis auf die Holz- (Hilfs-)arbeiter, Zigarrenfortirer und Plätterinnen hat jede Organisation ein Organ. Die höchste Auflage weist das der Metallarbeiter auf mit 30,000, sodann folgt das der Holzarbeiter 26,200, Tabakarbeiter 13,750, Bergarbeiter Westfalens 13,500, Maurer 13,270, die übrigen unter 10,000. Die Gesamtauflage aller Blätter beträgt 212,000.

zur Lage des Streiks in Güstrow.

Das Streik-Komitee veröffentlicht folgenden Aufruf:

Wenn wir uns nochmals an die Einwohner Güstrows wenden, wenn wir wiederholt die uns bis dahin wohlgeleitete öffentliche Meinung, deren unbestechliches Urtheil für uns von großem Werthe ist angesichts der Gewaltthaten, die mit wüthiger Hand und elender Sknute gegen uns geführt werden, anrufen, so dürften uns schon die während der nunmehr vierwöchentlichen Dauer unseres Ausstandes bewiesenen zwanglosen Sympathien der hiesigen Einwohnerschaft dazu eine genügende Veranlassung geben. Man darf sich wohl nicht verhehlen, daß, je länger ein Ausstand unter der heutigen prekären wirtschaftlichen Lage, die für das Unternehmertum allezeit eine große Arbeiter-Miserearmee verfügbar hält, andauert, das erste Uebergewicht der Arbeiterschaft selbst unter normalen Verhältnissen nur ein Scheinbares ist. Wie schnell jedoch die Waage zu deren Ungunsten in die Höhe, wie leicht muß der Arbeiter befunden werden, wenn sich nicht nur das Unternehmertum, die hohen Selbstsacks-Interessen allein, sondern auch die Organe für Recht und Ordnung, allen voran die heilige Schutzpatronin Polizei, mit wahrer Verfechterwuth auf ihn stürzen, um ihn den letzten Athem auszublasen. Der Zustand, wie er hier in den letzten Wochen durch polizeiliche Willkür geschaffen worden ist, ist tief beklagenswerth und wird noch verderblicher dadurch, als er gerade das Gland, dem die Arbeiter bei einer etwaigen Niederlage herfallen, im Gefolge haben muß.

Aus den Ereignissen der letzten Tage ist von Bedeutung, daß die Ausständigen sich wiederum wegen Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zur Besprechung ihrer Lage an die hiesige Behörde wandten, ihnen jedoch in lafonischer Kürze die Antwort ertheilt wurde, daß eine aus diesem Anlaß einzuberufende Versammlung verboten werden würde; mit welchem Recht und aus welchen Gründen, darüber ist die Behörde dem Arbeiter die Rechenschaft schuldig geblieben, sie, die aus der Krippe der Gesamtheit gefüttert wird. Bei dieser Gelegenheit möchten wir den hiesigen Magistrat an eine Reichsgerichtsentcheidung vom Jahre 1888 erinnern, die, obgleich man sich in Mecklenburg Dank seiner „vorzüglichen“ Verordnung von 1851 wohl wenig daran kehren dürfte, gerade für unsere gegenwärtigen hiesigen Verhältnisse von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Die Entscheidung, welche in einem Prozeß gegen den früheren Vorsitzenden des Tischlervereins zu Altona ergangen ist, lautet:

„Der § 152 der Gewerbeordnung hat es absolut nicht mit legenden Gegenständen allgemein politischer Natur, sondern ausschließlich mit den konkreten Arbeitsverträgen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit den unmittelbar durch diese Verträge geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit dem Gegenstand und Kampf der sozialökonomischen Interessen unmittelbar um diese Bedingungen zu thun. Dem Altonaer Fachverein der Tischler stand es hiernach vollkommen frei, sowohl selbständig durch Arbeitsleistungen und sonstige erlaubte Pressionsmittel unmittelbar auf Verbesserung der Löhne im Tischlergewerbe usw. Hingu-

wirken, als auch zu gleichen Konkreten wirtschaftlichen Zwecken sich mit anderen Vereinen zu koalieren.

Nach diesem Erkenntnis kann namentlich einer Organisation das Recht der freien Ausdrucks über wirtschaftliche Fragen in zu diesem Zwecke einberufenen Versammlungen absolut nicht genommen werden. Freilich, sehen wir unsere niedrige Verordnungs von 1851 an, betrachten wir den Wortlaut derselben und die aus demselben zum Wohle des Staats und dem der Gesellschaft konstituierten Auslegungen, so bleibt dem gegenüber die Entfaltung jeder Versammlungstätigkeit ein Nothwendiges. Angeht es das Vorgehen der hiesigen Behörde, muß man immer das Eine ins Auge fassen, daß es sich hier um Arbeiter, um deren Rechte und Organisationen dreht, und die behördliche Praxis kennt sich aus in der Kunst der Auslegung dieses Rechts zum Nachtheile der Arbeiter und in der Hinderung der Gerechtigkeit und der Fortkommen der Arbeiter-Organisationen. Wären es nur Unternehmerkoalitionen, z. B. Innungen und landwirtschaftliche Verbände, die in den weitaus meisten Fällen eine „politische Tätigkeit“ nicht bloß im Sinne der hiesigen Behörde entfalten, so würde man geflissentlich nach „Opportunitätsgründen“ suchen und sie auch, wie schon so häufig, zur Geltung bringen.

Die Polizei, die illustre Vertreterin der öffentlichen Ordnung, entfaltet dagegen fortgesetzt auf einem anderen Gebiete eine unfaßbare Thätigkeit zu Gunsten des Unternehmers. Die durch sie geschaffenen Verhältnisse erinnern uns gleichermaßen an die Vergewaltigungen der streikenden Arbeiter der Chicagoer Pullman-Compagnie, denen die Ehre derart bekränzt wurden, daß sie zu einem menschenwürdigen Leben vollständig unzureichend blieben und denen jeder Weg zur Verfolgung ihrer legalen Interessen auf Betreiben Pullmans kurzweg durch die machthabenden Faktoren und ihre Senkrecht abgegeschnitten wurde.

Der Stellungnahme des mecklenburgischen Ministeriums gegenüber der Ausstandsangelegenheit namentlich in Bezug auf die öffentliche Sicherheit ist, soweit sie sich auf den rothenweissen Aufenthalt der Ausständigen auf den Straßen und Plätzen bezieht, wohl nicht mit Mißtrauen zu begegnen, wenn man ermägt, daß immerhin schon durch die nicht immer rechtlich zutreffenden behördlichen Anordnungen eine Erregung unter der Gesamtheit Platz gegriffen hat, die gerade im Verkehr mit mehreren Personen zu gewissen Ausschreitungen führen kann, und man möchte bald zu der Annahme gelangen, daß es der Polizei nicht wenig darum zu thun ist, durch bestimmte Maßnahmen der Streikangelegenheit einen provokierenden Charakter unterzulegen, womit sie ihre Eingriffe rechtfertigen kann. Wie könnte es sonst möglich sein, daß die Gendarmen- und Polizeibeamten einzelne der Ausständigen, die von ihnen auf den verbotenen Straßen und Plätzen angetroffen werden, sofort verhaften und sie in Gewahrsam bringen, ja selbst ihre Hand soweit reicht, daß sie die Arbeiter, sobald diese sog. „neutrales Gebiet“ betreten haben, verfolgen, um sie in ihre Gewalt zu bringen. Selbst verschiedene der an den Chaussees wohnenden Grundbesitzer können sich mit solcher Unfreundlichkeit der „Sicherheitsorgane“ nicht befreunden und haben den Arbeitern, falls man ihnen nachstellen sollte, den Schutz auf ihrem Grund und Boden zugesichert. Als tragikomischer Vorfall verdient bei dieser Gelegenheit erwähnt zu werden, daß der Detonator Ebel, auf dessen Grundstück sich zwei Ausständige vor der Verfolgung der Polizei flüchteten, ganz energisch sein Hausrecht vertrat gegenüber den unbefugten Nachforschungen der Polizei auf seinem Gebiete und den Beamten in aller Gemüthsruhe davon verständigte, daß dieser sich des „Rechts“, auf seinem Eigentum Verhaftungen vorzunehmen, begeben müsse, da nach seiner Ueberzeugung keine Veranlassung zu solchem Vorgehen geboten sei.

Sobald die Polizeibeamten auch nur eines Ausständigen in den von dem Magistrat für sie gesperrten Gebiete ansichtig werden, erfolgt dessen Verhaftung. Wie reimen sich nun solche Gewaltakte der ausführenden Polizeibehörde zu der von dem wechl. Ministerium gewünschten Aufrechterhaltung der Ordnung, und welchen Einfluß üben sie auf die unterdrückte Arbeiterschaft aus? Man wird zugeben müssen, daß ihnen ein provokatorischer Charakter innewohnt, von dem sich die Arbeiter in Ansehung ihrer eigenen, nicht durch sie selbst verursachten Sache hinreißend lassen, und jeder Uebergriff, zu dem sich der Einzelne verleiten läßt, wird auf das Schuldbonto der Gesamtheit gesetzt, deren Empörung bis auf's Aeußerste steigend.

Wir müssen gestehen, daß wir uns eine öffentliche Ordnung, die auf rigorosen Vergewaltigungen durch die Sicherheitsorgane beruht, sich allerdings nicht vorstellen können zur Befestigung des Gesamtwohlstandes

einer Kommune. Doch wir sind zu ohnmächtig, um der schrankenlosen Willkür zu gebieten.

Darum baut auf die Gendarmen, Auf den Schutz der Dajonette, Auf ihr reichem Angstphylakter, Denn — die Noth liegt an der Kette. Und letztenbeladen muß sie ihr stuchwürdiges Joch tragen, bis sie zusammenbricht — nein, bis aus ihr des Lebens ungetrübter Quell neu mit ungeahnter Macht hervorbricht. Denn die heutige Gesellschaftsordnung mit ihren Wohlfahrts-Finessen ist ein System der Bestialität. Mit grausamer Härte läßt der Kapitalismus Tausende edler, hoffnungsvoller Naturen verderben, gerührt rücksichtslos unzählige Existenzen, die unbekümmert im Glend verkommen und verblühen müssen, während in den höheren Regionen manches Genie vor Ueppigkeit verkommt. Nahrungsorgen und aufreibende Thätigkeit erhalten die Massen im vielschicken Joch, sie lassen ihnen keine Zeit zur inneren Sammlung und zur Läuterung ihres Geistes. Ungezählt sind die Tausende, die wegen beständiger und vorübergehender Arbeitslosigkeit jeden moralischen Halt verlieren und der Verwahrlosung anheimfallen müssen. Der Kapitalismus erzeugt aus sich heraus eine besondere „Sittenwelt“, in der das Abscheuliche nach jeder Richtung hin als selbstverständlich gilt und deren unausbleibliche Folgen Laster und Verbrechen sind. Entbehrt eine Menschenklasse das Nothwendigste, erstarkt dagegen die andere im Ueberflusse, so ist das ein Zustand, der unmöglich von Dauer sein kann und der die Unhaltbarkeit der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse klar aufweist. Die Wurzeln aller dieser Uebel liegen aber sehr tief und fangen ihren Unterhalt aus dem unnatürlichen und ungerechten Zustand der Gesellschaft selber. Es ist daher total falsch, wenn man die an den verschiedenen Ecken und Enden des Gesellschaftsgebäudes vorkommenden Zeichen des Verderbens nur als Einzelercheinung auffaßt, während doch alle derartigen Erscheinungen einen inneren Zusammenhang haben und auf eine gemeinsame Quelle zurückzuführen sind. Auf der einen Seite sehen wir bei Wenigen Reichtum, Luxus, Wissen, Achtung, Recht und Glück, auf der Seite der großen Masse des Volkes Armuth, Entbehrung, Unwissenheit, Rechtslosigkeit und Verzweiflung. In diesem System liegt der Schlüssel zur sozialen Frage.

Und ein solches System wird von den herrschenden Gewalten und ihren ausführenden Organen gepflegt und begibt und zeitigt wie im Großen so auch im Kleinen, wie gerade hier in unseren Ausständen, die widerlichsten Auswüchse. Sobald ein Ausstand von größeren Dimensionen inszeniert wird und dessen Voraussetzungen für die Arbeiterschaft die denkbar besten, auch deren Forderungen auf den gerechtesten Grundlagen beruhen und nicht angezweifelt sind, so steht ihr in erster Linie das Unternehmertum geschlossen gegenüber, und diesem attackirt sich Alles, was in der Gesellschaft deren Fundament als gefährdet ansieht.

Der hiesigen Fabrikleitung wurden sofort, nachdem der Streik erklärt war, auf ihr Verlangen seitens der verschiedenen Auftraggeber die weitgehendsten Konzessionen gemacht, indem ihr ein Aufschub der Arbeiten bewilligt und die Lieferungsfrist entsprechend verlängert wurde; andererseits suchte dieselbe zu den unantwerthbarsten Mitteln in der Heranziehung von Arbeitern ihre Zuflucht zu nehmen, was zu verhindern durch die thümlichste Unterstützung der Behörden den Ausständigen unmöglich gemacht wurde. Unter solchen Verhältnissen kann es nicht Wunder nehmen, wenn die Probenhaftigkeit des Unternehmers auf ihren Höhepunkt getrieben wurde und sich in einer Raucüne Luft wagt, wie wir gleich sehen werden.

Dieser Tage unternahm die Ausständigen einen Schritt zu einem Ausgleich in der Streikfrage. Sie glaubten sich hierzu umsomehr verpflichtet, als sie nichts unterlassen wollten, um selbst unter Hintanhaltung des moralischen Anspruchs einen eventuellen Frieden zu schließen, und weil man sie auch davon verständigt hatte, daß ein Mitglied des Aufsichtsraths der Fabrik am Orte anwesend sei, mit dem vielleicht Verhandlungen, welche ein ersprießliches Resultat voraussetzen ließen, angeknüpft werden könnten. Es wurden drei Arbeiter deputirt, denen jedoch, ohne daß sie den Direktor oder das Aufsichtsratsmitglied gesprochen hatten, bedeutet wurde, die Fabrik zu verlassen, da der Direktor bereits von Allem unterrichtet und durchaus nicht geneigt sei, mit der Deputation zu verhandeln.

Also selbst ein so weitgehendes, ja fast heiligmäßiges Anerkennen der Arbeiter wurde abgewiesen durch die Fabrikleitung, die den Streik durch ihr unqualifizierbares Verhalten der gänzlichen Rechtslosmachung der Arbeiter vom Zaun gebrochen hat.

Wag der Streik nun einen Ausgang nehmen, welchen er will, die ansständigen Arbeiter dürfen mit dem beruhigenden Bewußtsein ihrer hohen Pflichten erfüllt und begleitet von den Sympathieen der Einwohner Wüstrows und der großen Arbeiterschaft den

Ausgang abwarten; jedoch die Rolle des Unternehmertums und seiner Helfershelfer wird das öffentliche Urtheil, wenn es ehrlich ist, — verdammen müssen. Denn Welchen Gedanken die Zeit Einmal erforsen, Der ist gefest und beschworen Und wird ewig wiedergeboren Trotz allem Widerstreit. Das Streik-Komitee. J. v. B. Grapentin.

Korrespondenzen. Gelbzieher und Gürtler.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Gelbzieher und Gürtler zc. tagte am 5. September bei v. Salzen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Was bietet uns die Gewerkschafts-Organisation?“ hatte der Genosse Schütz aus Wilhelmshurg das Referat übernommen. Redner führte aus, daß die Indifferenten sowie viele der politischen Organisirten glauben, die Gewerkschaften seien überflüssig und demzufolge sich als Gegner der Gewerkschaften erklärten, da, wie sie angeben, selbst Lassaile und Webel sich gegen die Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen hätten. Redner wies nach, daß Lassaile den Ausdruck wohl gethan: „Die Streiks werden wie Pilze aus der Erde wachsen, bildet nicht nach rechts noch nach links.“ Damit habe Lassaile sich doch nicht als Gegner der Gewerkschaften erklärt. Auch habe Lassaile, als der Streik der Bouensteinschen Fabrik war, auf Hamburg hingewiesen und gesagt: „Seht, da kämpfen die Arbeiter um die Koalitionsfreiheit.“ Ebenso habe Webel auf dem Kölner Parteitag sich gewiß nicht gegen die Gewerkschaften ausgesprochen, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften keine große Zukunft mehr haben werden, da durch die Konzentration des Kapitals die Arbeitgeber immer weniger werden, und auf Stumm, Krupp zc. hingewiesen, wogegen die Gewerkschaftsorganisationen nicht im Stande seien, irgend welche Forderungen durchzusetzen. Unter den heutigen Verhältnissen erlebe man es ja täglich, daß die Arbeitgeber oft nichts dagegen haben, wenn Arbeiter einer politischen Vereinigung angehören, aber von einer Gewerkschaftsangehörigkeit wollten die Arbeitgeber abseits nichts wissen, da die Arbeiter vermittle der Gewerkschafts-Organisation bestrebt sind, kürzere Arbeitszeit und bessere Löhne zc. sich zu verschaffen. Um nun die Indifferenten in die Gewerkschaft hinein zu ziehen, resp. die Mitglieder zu halten, zählte man den reisenden Berufsgenossen eine Miteinstellung und in letzter Zeit habe man sich vielfach mit der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung beschäftigt. Redner erklärte sich gegen eine beratige Unterstüttung, da die Mittel nicht ausreichen würden und die in Arbeit Stehenden müßten eine sehr hohe Steuer entrichten, um auch nur eine gering bemessene Unterstüttung gewähren zu können. Auch die Arbeitslosigkeit greife immer mehr um sich, denn durch die Entwicklung der Technik werden immer mehr Hände überflüssig. Sollten die Gewerkschaften die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, so müßten sie unbedingt den Arbeitsnachweis in Händen haben und den würden die Arbeitgeber sich nicht so leicht nehmen lassen. Darum, sagt Redner, wer es ernst meint mit der Bewegung, der müsse der Gewerkschaft und der politischen Organisation angehören, um etwas zu erreichen. Redner schloß mit den Worten, daß die Arbeiter doch bald zum Klassenbewußtsein kommen möchten, damit die Worte Herweghs zur Wahrheit würden: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ Sodann trat man in eine Diskussion ein, woran sich die Kollegen Schulze und Alex. be-theiligten. Nachdem der Referent das Schlusswort erhalten hatte, ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: „Unsere Organisation und die Arbeit hier am Orte.“ An diesem Punkt be-theiligten sich mehrere Kollegen und führten in klaren Beispielen die Vortheile an, die wir erreichen könnten, wenn wir geschlossen vorgehen würden. Auch die Werkstätten von Beier, Went, Schmitz, Ansbarg zc. wurden einer scharfen Kritik unterzogen.

Münster. Wegen Differenzen ist Bezug von Gelbziehern fern zu halten. Weitere Auskunft beim Bevollmächtigten.

Klempner.

Elberfeld. Die am 9. September abgehaltene öffentliche Klempnerversammlung war leider schlecht besucht. Genosse Wilh. Balfes hielt einen Vortrag über die Mißstände im Baugewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Bauklempnerei. Redner geißelte scharf die Nachlässigkeit der Unternehmer, führte an einer Anzahl Beispielen den Anwesenden die Uebelstände vor Augen, wie dieselben beseitigt werden könnten. Die Unternehmer resp. Kleinmeister unterliegen es einfach, in ihren Werkstätten die von der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Vereins-

genossenschaft ausgegebenen Unfallverhütungsvorschriften auszuüben; thäten sie es, so würden die Arbeiter sich daran halten, wodurch aber dann der Profit der Unternehmer geschmälert würde. Ferner herbeizutreten Redner sich über die vom Ausschuß des Gewerbegerichts an die Stadtverwaltung gerichteten Anträge betreffs Unfallverhütungen an Bauten; dieselben seien nicht angenommen worden, da die Stadtverwaltung der Ansicht war, der Ausschuß sei nicht kompetent. Wsicht sei es nun, daß alle Gewerkschaften hierzu Stellung nehmen. An der Diskussion be-theiligten sich die Kollegen Neubert, Ferd. Bonnetos. Als Delegirter zur Gewerkschaftskommission wurde Kollege Bonnetos gewählt. Die Raubheit der Kollegen am Plage wurde sehr gerügt.

Elberfeld. (Sektion der Klempner.) In Nr. 37 der „Deutschen Met.-Arb.-Ztg.“ ist ein Gegenbericht auf den in Nr. 35 abgedruckten enthalten, welcher gänzlich entstellt ist. Der Einfinger, Kollege Nachtigal, will sich rein zu waschen suchen. Einige Kleinigkeiten wollen wir ganz unberücksichtigt lassen. Kollege Nachtigal bestreitet, daß er bei dem Detonator auf dem Feste 4 Mann Polizei, resp. Nachwächter aufgeboden habe. Dieses ist ihm in der Mitgliederversammlung am 10. September ausinandergesetzt worden und zudem ist die Wirthin des Festlokals als besser Zeuge da. Wichtig zu stellen ist allerdings, daß eine direkte Veranlassung, sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen, nicht da war, wohl aber eine indirekte durch die Mitglieder in der Versammlung, wegen seines Verhaltens auf dem Feste. Es wird nun behauptet, daß das Vergnügen oder besser das Stiftungsfest 3 Extrastückungen in Anspruch genommen habe; es wären ihm (Nachtigal) alle Arbeiten, wie Versammlungen anzumelden, Berichte zu schreiben u.s.w. aufgebürdet worden; ferner hätte er sein Amt aus dem Grunde niedergelegt, weil ihm nicht genug Unterstüttung seitens der Kollegen in jenem Bestreben, zu agitiren, zu Theil geworden wäre. Darauf haben wir zu erwidern, daß das Vergnügen keine 3 Extrastückungen beansprucht. Vielleicht ist dies als Sitzung mit inbegriffen, wo das gewählte Festkomitee in der kombinierten Versammlung, zu welcher auch Kollege Nachtigal gehörte, die Angelegenheit besprochen und wo 20 Minuten vor 11 Uhr ein Vorstandskomitee der Sektion der Klempner sich beschwerte: „Wir haben doch jetzt Vorstandssitzung und keine Festkomiteesitzung.“ Ferner muß konstatiert werden, daß dem Kollegen Nachtigal keine Arbeiten aufgebürdet wurden, sondern daß er sich stets von vornherein dazu erboten hat. Wir hatten keine Veranlassung, ihm Dieses nicht zu gestatten. Betreffs der vier Vorträge können wir berichten, daß dieselben nicht bei uns gehalten worden sind. Weiter heißt es, daß ihm nicht genügend Unterstüttung zu Theil geworden wäre. Nun, daß alle Kollegen mithelfen, ist ja überhaupt ausgeschlossen. Es ist auch nicht Jedermanns Sache, Berichte zu schreiben und Flugblätter zu verbreiten u.s.w. Aber die Kollegen vom Vorstand haben stets ihre Schuldigkeit gethan und eine Agitation unter den Klempnern entfaltet, daß auch Kollege Nachtigal sie nicht besser hätte entfalten können, denn die waren oder sind mit den drückenden Verhältnissen vertraut und alle ältere und erfahrene Klempner. Die Hauptsache ist nun die, daß der erste Bericht von einem Mann abgefaßt ist, der nicht in Elberfeld wohnt. Der damit Gemeinte war gerade anwesend als die Angelegenheit besprochen wurde, weshalb nicht gesagt werden kann, er hätte ihn abgefaßt. Der jetzige Bevollmächtigte ist kompetent genug dazu, solche Berichte zu schreiben. Wir wollen nun Kollegen Nachtigal nicht zurückstoßen. Er hat gearbeitet und seine Schuldigkeit gethan und der Sektion einen schönen Posten Rechnungen zukommen lassen, die alle zu begleichen sie nicht im Stande ist. — Nun müßten diejenigen arbeiten, die sich einen großen Namen machen wollen“ u.s.w. heißt es in Nr. 37. Hierüber muß man unwillkürlich lachen, denn gerade das Gegenheil ist der Fall. Derjenige, der so gerne seinen Namen gedruckt sah, hat sein Amt als erster Vorsitzender der Sektion der Klempner niedergelegt. — Dieses ist unser letztes Wort in dieser Sache.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Die Wanderversammlung im Osten Berlins bei Zempel in der Langestraße war sehr gut besucht. Kollege G. Hochrad sprach über Arbeiter- und Unternehmerverbände, wofür er reichen Beifall erntete. Bezüglich der Reichstagswahl über die Bezirkskonferenz wurde mitgeteilt, daß diese in der nächsten allgemeinen Mitgliederversammlung sämtlicher Verwaltungen gegeben wird. Da der Besuch der Versammlung dem Plan der Errichtung einer Verwaltungsstelle im Osten Aussicht auf Erfolg verspricht, machte der Bevollmächtigte darauf aufmerksam, daß die Ausführung dieses Planes nur deshalb vorläufig verschoben sei, weil eine Reorganisation der Berliner Verwaltungsstellen behufs Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte in Aussicht steht.

Bergedorf. Am 15. September fand hier bei Herrn Guth eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Genosse Ludwig Himmel aus Hamburg einen recht interessanten Vortrag hielt über die Mythologie und Geschichte der alten Griechen. Der Referent schilderte in eingehender Weise zunächst die ganze Sagenwelt der Griechen, weiter die Lebensweise dieses Volkes, besonders der Spartaner und erläuterte dann die verschiedenen Staatsverfassungen. Weiter verlas er einige besonders interessante Stellen aus den Werken der alten griechischen Dichter, als welche er besonders Plato, Heraklit, Demokrit, Aristoteles und Herodot hinstellte. Der Referent schilderte die Geschichte der Griechen bis zur Zeit Alexanders d. Gr., welcher das griechische Reich zerstückelte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Landeskonferenz in Neumünster, wurde Kollege Weist gewählt. Es war nur bedauerlich, daß die Versammlung so äußerst schwach besucht war. Wir möchten die Kollegen am Orte hiermit auffordern, ihren Verpflichtungen, für solche Versammlungen zu agitieren, besser nachzukommen und auch selbst die Versammlungen besser zu besuchen, da wir ihnen nicht allzuoft einen solchen geeigneten Vortrag bieten können.

Duisburg. In Nr. 36 der „D. Met.-Arb.-Ztg.“ brachte das Mitglied Weib eine Ermahnung, mitunterzeichnet von 4 Kollegen, welche mit den Tatsachen nicht im Einklang steht. Der Bericht beginnt mit der Einleitung: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun.“ Der Genosse Weib scheint mit Wibelprachen sehr vertraut zu sein. Nun, wir können ihm auch mit so etwas dienen: „Selig sind die Armen im Geiste“ u. s. w. Wir hätten auf seine Ermahnung gar nicht geantwortet, wenn er nicht vorgegangen wäre und die Wahrheit geschrieben hätte. Früher herrschte hier Harmonie zwischen den Mitgliedern und dem Vorstand, aber nur im Interesse des Verbandes. Was die Unterschlagung mit pp. Schmidt anbelangt, so müssen wir erwidern, daß letzterer als Bevollmächtigter auch das Amt eines Kassiers mitverwaltete, weil zu dieser Zeit kein Kollege den Kassierposten annahm. Diese Unterschlagung wurde auch sofort dem Hauptvorstande berichtet, es ist dies nicht etwa das Verdienst Weib's. Die Heiseunterstützung wurde von unserem Kassier Bernhard's ausbezahlt, ehe an Weib zu denken war. Er wirft den übrigen Vorstandsmitgliedern Interesslosigkeit vor — und er selbst legt sein Amt nieder und lehnt jeden anderen Posten ab! Ob das auch wohl im Interesse des Verbandes war? Allerdings hat der Bevollmächtigte gesagt, der Bericht sei einseitig, weil er ihm nicht scharf genug war. Die Bemerkung: „Wir verdienen ja nichts dabei“, fiel vom Vorsitzenden, welcher sich allerdings nichts dabei dachte. In ganz ungerichtetester Weise wollte Weib unseren verstorbenen Bevollmächtigten Georg Stachelhaus verdächtigen, indem er letzteren sozusagen bezichtigte, zwei Bücher unterschlagen zu haben, während der pp. Stachelhaus uns seine sämtlichen Bücher geschenkt und dadurch unsere Bibliothek gegründet hat. Ueberhaupt war Weib im Worteverbreiten ein Genie. Wir überlassen es einem jeden vernünftig denkenden Kollegen, sich hierüber einen Kommentar zu machen. Wir schließen mit dem Dichterspruch: „Gegen Dumheit kämpfen Götter vergebens.“

Carl Käthke, Bevollmächtigter.
Ernst Grunewald, Konrad Bernhard.
Otto Mann, Louis Nagel.

Essen (Ruhr). In der am 9. September abgehaltenen Mitgliederversammlung ließen sich 3 Kollegen einschreiben. Beim Punkt Agitation wurde bemerkt, daß es notwendig sei, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einzuberufen, womöglich außerhalb unseres Vereinslokals. Kollege Que begründete den Antrag und fügte hinzu, daß es notwendig sei, daß wir uns mit den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften beschäftigen, da letztere sich hier besonders breit machen. Kollege Seidler bemerkte, wir sollten die Versammlung in unserem Vereinslokal abhalten und nicht unsere Groschen zu Renten tragen, die sonst ihr Lokal nicht hergeben. Ein hierauf eingehender Antrag, man solle die Versammlung im großen Saale der Wittwe Sträß abhalten, wurde einstimmig angenommen. Kollege Hag stellte den Antrag, die Ortsverwaltung sollte den Kollegen Que beauftragen, einen Anruf an die Kollegen von Essen und Umgegend zu schreiben und denselben im „Allg. Beobachter“ zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen. Einige Mitglieder sprachen sich für die Abhaltung einer Bezirkskonferenz aus; der Bevollmächtigte wurde beauftragt, sich mit den anderen Filialen in Verbindung zu setzen.

Erfurt. Am 5. September fand im Gasthaus zum Deutschen Kaiser eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Ueber Zweck und Nutzen der Gewerkschaften referierte Kollege Genfisch aus Hannover in 1/2stündiger Rede. Zum Schluß seines Vortrages legte Referent speziell den Zweck

und Nutzen des D. M. A. klar und forderte die zahlreiche Zuhörerschaft auf, sich Mann für Mann selbstgew. anzuschließen. Die bereits organisierten Kollegen aber mögen mit allen geistlichen Mitteln für denselben agitieren, damit wir unser Ziel, die Arbeiter aus dem Joch des Kapitals zu befreien, in Wälde verwirklicht sehen. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich noch einige Redner im Sinne des Referenten aus. Da die eingeladenen und auch teilweise erschienenen Gegner der modernen Arbeiterbewegung, die Harmonieapostel, nicht den Mut hatten, trotz mehrmaliger Aufforderung den Ausführungen des Referenten zu widersprechen, kamen wir zum zweiten Punkt: „Die Gewerbegerichtsahlen.“ Genosse Fabrenkamm erläuterte in kurzen aber kräftigen Worten die Wichtigkeit des Gewerbegerichts und empfahl hauptsächlich, organisierte Kollegen zu wählen. Hierauf wurden zwei Kollegen nominiert. — Beim dritten Punkt, Vertrauensmannwahl, wurde Kollege Heße einstimmig wiedergewählt.

Güstrow. Der Streik in der Mecklenburgischen Waggonfabrik dauert ununterbrochen fort, trotzdem von der Direktion überall das Gegenteil zu verbreiten gesucht wird. Der Zweck dieser Mäße liegt klar. Es wird eben auf tüchtige Arbeitskräfte spekuliert, die in diese Falle hineingehen sollen. Ein tüchtiger Arbeiter ist in den meisten Fällen organisiert und als Streikbrecher nicht zu haben. Diese Erfahrung hat die Fabrik schon zur Genüge gemacht. Deshalb wird jetzt der erbärmliche Kniff angewendet, daß Stellenjuchenden von Auswärts bei der schriftlichen Befragung verifiziert wird: „Der Streik ist hier beendet.“ Tatsächlich sind auch 10 Kollegen auf diese Mäße hineingefallen, haben jedoch die Arbeit nicht aufgenommen, nachdem sie sich davon überführt hatten, daß der Streik in seinem vollen Umfange noch andauert. Wenn daher Kollegen von Auswärts die Versicherung gemacht wird, daß der Streik beendet sei, so ist es nicht zu glauben. Wenn der Zugang nur noch auf einige Zeit fern gehalten wird, so wird die Fabrik mit uns zu unterhandeln gezwungen sein, denn tatsächlich geht ihr das Wasser schon bis an die Kehle. Nicht ein einziges Stück Arbeit ist bis jetzt, also in 6 Wochen, aus der Fabrik gegangen, trotzdem sie 50 Streikbrecher eingestellt hat, während sonst wöchentlich 6 Eisenbahnwaggon geliefert wurden. Den Streikbrechern hat sie übrigens viel Kopfschmerzen zu verdanken, so daß sie schon 15 davon wieder gekündigt hat. Wie gewöhnlich, wenn Arbeiter um berechtigte Forderungen in den Ausstand treten, sammeln sich dort zweifelhafte Elemente an, bei denen an Solidarität zu appellieren vergeblich ist. Ein Stück jedoch, daß sich diese Elemente bald selbst abwirft. Allein, sie sind im Stande, den Streik zu verlängern der Streikenden um 14 Tage hinauszuziehen, während sie dem Arbeitgeber das Doppelte und Dreifache kosten, wofür er die alten hatte. Darum sind die Streikenden auch guten Muthes; es ist noch nicht ein Einziger von 62 Familienvätern mit 117 Kindern abgefallen.

Hilberdorf. Chemnitz. Der Beschluß, durch welchen die sog. Amtshauptmannschaft Chemnitz die hiesigen Einzelmitglieder zu einem nach dem sächsischen Vereinsgesetz anerkannten Verein stempelt, hat folgenden Wortlaut: „Beschluß der königlichen Amtshauptmannschaft Chemnitz vom 28. August 1894. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband befaßt sich nach § 2 seiner Statuten, nach Inhalt der denselben beigegebenen Verhaltensmaßregeln bei Arbeitsstellenungen u. s., sowie der von dem Verbands verbreiteten Flugblätter, und wie auch aus den Verhandlungen der im Juli dieses Jahres stattgehabten Konferenz der sächsischen Metallarbeiter zu Würzen hervorgeht, mit öffentlichen Angelegenheiten im Sinne von §§ 19, 24 des Vereinsgesetzes vom 22. Nov. 1860 und geht nach dem Wortlaut von § 2 des Statuts hinsichtlich seiner Ziele und Zwecke weit über den Inhalt des § 152 der Reichsgewerbeordnung hinaus.“ Der D. M. A. sieht hinsichtlich seiner, aus § 14 seines Statuts, sowie § 2 der vom Verbands aufgestellten Verhaltensmaßregeln bei Arbeitsstellenungen, Sperren u. s. sich ergebenden Niederlegung in örtliche Verwaltungsstellen, beziehentlich Filialen, Zahlstellen und dergleichen mit §§ 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1860 in Widerspruch. Wenn nun auch die in Hilberdorf bestehende örtliche Organisation des Verbandes die ausdrückliche Bezeichnung: „örtliche Verwaltungsstelle“, beziehentlich Zahlstelle nicht führen sollte, so ist doch aus den vorhandenen Einrichtungen der hiesigen Vereinigung einer geschlossenen Vertrauensmann, für deren lokale Zwecke der dritte Theil der am Orte eingehenden Beiträge zurückgehalten wird und welche unter Anderen selbständige Delegierte zu den Kongressen usw. entsenden zu entnehmen, daß auch hier ein gleicher verbotener Lokalverein besteht. Dieje von dem Eisenbohrer und

Handarbeiter Arno Theodor Friedrich in Hilberdorf errichtete, beziehentlich geleitete örtliche Organisation des D. M. A. wird daher hiermit aufreht und bis am 20. d. M. durch die Genossenschaft dort weggenommenen Schriftstücke und sonstigen auf die örtliche Verwaltungsstelle in Hilberdorf bezüglichen Gegenstände werden bis auf Weiteres mit Beschlag belegt. Herr Gemeindevorstand Quert in Hilberdorf wird veranlaßt, dem zc. Friedrich Vorsitzendes zu Protokoll zu eröffnen und den Erfolg bei Rückgabe gegenwärtiger Aktenlage anher anzugeben. Die Befolgung der vorstehenden Verfügung ist zu überwachen, insbesondere sind etwaige Umgehungen derselben zu verhindern. gez. Dr. Kumpelt. — Kommentar ist zu dieser Maßregel überflüssig!

Leipzig, 16. Sept. Hiermit bringe ich Folgendes über die seit April d. J. bestehende Metallschleifer Kuhl u. Co. in Aachen, Jakobstraße, zur allgemeinen Kenntniß. Am Mittwoch, den 15. August d. J., ließ mich der Mitinhaber der Firma, Herr Kuhl, aus meiner Arbeitsstelle in Neumünster geheimnißvoll rufen, um mit mir Abends in seinem Hotel in Neumünster mündlichen Vertrag betr. Eintritt als Fellen-schleifer abzumachen. Ich sollte demgemäß am 22. August in Arbeit treten, was Verhältnis halber erst am 27. August geschehen konnte. Ueber den Lohn war nach Vorzeigung eines Wochen-Arbeitszettels über den Betrag von M 22,40 ausgemacht, daß ich einen Wochenlohn von über 24 M haben sollte; ich beantragte 27 M. Doch wollte Herr Kuhl hierüber erst mit seinem Kompagnon Rücksprache nehmen. Reisegeld sollte mir bestimmt vergütet werden. Am Schluß der 1. Woche erhielt ich nun 27 M Lohn, weniger den Betrag für Kranken- und Invaliditäts- u. Kaffe. Am Schluß der zweiten Woche wurden mir 21 M angeboten, ich verweigerte die Annahme derselben auf Grund unseres Uebereinkommens. Beide Kompagnons entgegneten mir, daß sie nach Leistung bezahlten. Wie mir schien, hatten dieselben nicht vollauf Beschäftigung für mich und suchten dies auf solche Art ohne Nachtheil für ihren Beutel auszugleichen. Auf meine Bemerkung, daß ich gerichtlich, bezw. polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen würde, erklärten die Herren, ich müge das nur thun. Nun begab ich mich zum Kommissariat (Frei-lieh zum unrechnen). Der Kommissar klärte mich über meinen Irrthum bez. des zuständigen Kommissariats auf, gab mir aber den Rath, bei der Firma nochmals meinen Lohn zu verlangen, dann aber dasjenige anzunehmen, was mir die Herren anbieten würden und für den Fehlbetrag beim Gericht klagen zu werden, was denn auch durch Uebermittlung einer Vollmacht an einen Freund in Aachen zur Vertretung dieser meiner Forderung am Gewerbegericht dortselbst geschehen ist. — Nun gebe ich noch einiges über diesen „Schleifer-totten“ bekannt. Ein Messerschleifer (vom April bis 4. September), ein Schleifer für Kleinschleifer (in Räumigung Lebend), sowie ich als der dritte-Fellenschleifer, haben also seit April diese arme Firma „geschunden“. Der Messerschleifer kommt im Laufe dieses Monats wegen einer Lohnforderung an die Firma mit derselben am Gewerbegericht vor, ob der Kleinschleifer auch Grund zu gerichtlicher Klage hat, weiß ich nicht. Der noch lebende auch dort als Laufbursche u. s. beschäftigt gewesene Arbeiter war auch klagbar geworden. Die Firma hat denselben wieder für 14 Tage in Arbeit stellen müssen. Ueber mit sozialdemokratischen Text zu singen, wurde uns verboten. Hieran haben wir „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen, das wurde uns nicht verboten. Titulaturen wie: Spitzbuben, Komplottbilder, Aufrührer usw. waren an der Tagesordnung. Herr Kuhl als Geschäftskennntniß-besigender stammt von der Köhlerhöhe bei Solingen, der Kompagnon, Herr Lausberg als Geldbesitzer, aus Aachen. 3 Schleifer, 1 Aufbursche [für den Augenblick nur 2 Schleifer] und 2 Herren mit Familien, wie reimt sich das zusammen? Nun, Ihr Kollegen, Schleifer sämtlicher Branchen, kommt Euch ein Schleifer-Gesuch der Firma Kuhl u. Co. vor Augen, auf nach Aachen! Oder habt Ihr keine Lust? Macht aber vorher schriftlichen Kontrakt. Schließt Euch dem D. M. A. an (ich war der einzige Organisirte dort im Geschäft), dann können wir derartigen Herren besser auf die Finger klopfen.

Mit kollegialem Gruß
Gustav Heinen.

Tübingen. Lang, lang, ach wie lang ist's her, daß wir den Raum dieses Blattes nicht mehr in Anspruch genommen haben. Fast könnte es scheinen, daß die Bewegung der Metallarbeiter hier am Orte gänzlich todt ist. Das ist nun natürlich nicht der Fall. Besieht man aber die Zahl der organisierten und der hier arbeitenden Metallarbeiter, so ist die Bewegung nichts weniger als ideal zu nennen, denn es ist eine traurige Thatsache, daß von 1500-2000 Kollegen bloß der geringe Theil davon sich verpflichtet fühlt, für

die Hebung ihrer Klassenlage einzutreten. Nun, Metallarbeiter Lübeck's habt Ihr denn kein Bedürfnis, Eure Lage zu verbessern, fählt Ihr Euch denn bei einem Lohn von 25-30 M so wohl, als wäret Ihr auf Rosen gebettet? Ist es wirklich so schwer, einzusehen, daß wir vereintlich nichts sind, vereint aber eine Macht, mit der man zu rechnen hat? Haben wir von der Macht einer Organisation nicht glänzende und schlagende Beweise an den Unternehmerverbänden? In diesem Sinn sprach auch Genosse Friedrich in unserer Mitgliederversammlung am 5. September in seinem Referat über Trust's und Unternehmerkartelle. Redner führte ganz treffend die Gefahren der Kartelle für die Arbeiter an; er erinnerte an die schwarzen Listen, dann an die Möglichkeit der Festsetzung eines bestimmten Lohnsatzes und die Einschränkung der Produktion zu Gunsten der Erhöhung der Preise. Ferner führte er an, daß die Kartelle der Unternehmer es sind, die große Streiks heraufbeschwören, wie z. B. der große Pullman-Streik in Amerika. Aber nicht nur nach den Arbeitern strecken die Unternehmer Kartelle ihre Fangarme aus, auch der Staat hat darunter zu leiden. Wie könnte es denn sonst kommen, daß der Staat die Kohlenlieferung für die Marine an auswärtige Länder vergibt. Endlich kommt Referent zu dem Schluß, daß die Kartelle trotz aller Gefahren doch noch einen guten Kern in sich bergen, daß sie nämlich schon eine Etappe zur sozialdemokratischen Gesellschaft sind, denn je mehr sich das Kapital konzentriert, desto leichter ist hernach die Expropriation der Expropriatüre, welcher Beifall lohnte den Redner. — Es wurde auch noch der Streik der Güstrower Kollegen einer Besprechung unterzogen. Es erklärten sich sämtliche Kollegen mit dem Vorgehen der Güstrower voll und ganz einverstanden, ebenso mißbilligten sie das Vorgehen der Direktion und der Polizei. Mit wackeln Mitteln die Fabrik Streikbrecher heranzuziehen sucht, darüber Folgendes: Ein Streikbrecher schrieb nach Güstrow um Arbeit, er erhielt zur Antwort, daß er lohnende und dauernde Beschäftigung erhalten könne, da der Streik beendet wäre, was natürlich eine große Unwahrheit ist. — In „Verschiedenes“ wollten mehrere Kollegen wissen, warum in der Abrechnung des Hauptkassiers nicht zu erkennen ist, wie viel an Reserveronds- und Delegiertenmarken eingegangen ist, um eine klare Uebersicht zu bekommen. Die Versammlung spricht den Wunsch aus, diese betreffenden Marken extra zu berechnen. — Kollegen, wacht auf, erkeime Eure Klassenlage; anstatt über die schlechten Zeiten zu jammern und zu klagen, wäre es gebotener und vernünftiger, sich über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären. Tretet ein in die Vereine, denen Ihr angehören sollt, gehet nur in solche Versammlungen, die für Aufklärung sorgen, schließt Euch dem D. M. A. an und kämpft Mann für Mann, Schulter an Schulter gegen das brutale Vorgehen des Kapitals, für Eure Euch zustehenden Menschenrechte. Organisiert, agitieren, sei unsere Losung!

Mannheim. In der am 13. Septbr. abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des D. M. A., welche gut besucht war, hielt Genosse Aug. Dreesbach einen Vortrag über „Die Bedeutung der Streiks.“ Referent schilderte, wie schon früher beim Zunftweien Kämpfe zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern um bessere Arbeitsverhältnisse stattgefunden haben. Die modernen Streiks seien erst in der Neuzeit mit der heutigen Arbeiterbewegung entstanden. Referent warnt vor einem leichtsinnig hervorgerufenen Streik und empfiehlt, vorher Alles genau zu prüfen, um eine Uebersicht zu erlangen, ob Aussicht vorhanden sei, den Streik auch siegreich zu führen und ob das ev. zu Erreichende auch der großen Opfer werth sei, welche die Arbeiter bringen müßten. Pflicht der organisierten Arbeiter sei es, stets und ständig zu agitieren, um die Subalternen heranzuziehen und aufzuklären, denn nur einer gut gesüllten Organisation gegenüber werden die Arbeitgeber nicht so leicht eine Differenz eintreten lassen. Referent schildert hier anknüpfend den Streik der Kollegen in Güstrow, wie derselbe erschwert werde durch die Unterstützung, welche die Fabrikdirektion von Seiten der Polizei erhält. Meiner Beifall wurde dem Redner zu Theil. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die heute am 13. September im Lokale zur Zentralisation tagende, gut besuchte Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Dreesbach einverstanden, erklärt sich solidarisch mit den streikenden Holz- und Metallarbeitern in Güstrow, verurtheilt auf das Schärfste das Vorgehen der Fabrikdirektion, insbesondere das Ausrüsten der noch arbeitenden Indifferenten mit Schlagringen und tadelt, daß die Polizei Handlangerdienste für das Kapital verrichtet. Bei „Verschiedenes“ wurde noch über die Herbergsfrage lebhaft diskutiert, jedoch nichts Positives erzielt.

Markt Redwitz. Traurige Zustände in der Maschinenfabrik von Emil Offenbacher. Ich kann nicht umhin, das Miß-

geföhlt zwingt mich dazu, die Zustände in genannter Fabrik zu erörtern. So sind es namentlich Dreher und Schlosser, die am meisten unter der Wirtlichkeit ihrer Vorgesetzten zu leiden haben. Erstere haben Alles in Wford, welchen der Dreher Liebig je nach Gutdünken ansieht. So hatte der praktische Mann mir für ein Stück Arbeit 60 S geboten, aber nach langem Umstreiten das Vierfache, also 2,40 eingeliefert. In solcher Weise muß man jedes Stück Arbeit hinausschleppen, um entgermaßen zu seinem Hungerlohn zu kommen. Das ließe man sich noch gefallen, wäre nicht der Werkführer da, der am Lohnschlußtage je nach Willkür Abzüge an den verarbeiteten Stücken macht. Jeder Fachgenosse stimmt mir bei, daß es schwer ist eine Arbeit zu tagieren, wenn es an Werkzeug fehlt. Doch auch nach dem Werkführer ist der Lohn noch nicht gesichert, es gibt noch zwei böse Feinde: den Geschäftsführer Seeburger und den Prinzipal. Sie reduzierten in ganz ungünstiger Weise das Lohnüberbleibsel. Daß man den Schlossern für einen abgedroschenen, aber schon belustigten gesprungenen Bohrer 3,60 abzieht, ist nichts Neues, ebenso 50 S Strafe für's Fenster nicht zu machen, ohne das auch nur eine Warnung vorherginge. Wie schon früher einmal erwähnt worden ist, gibt es hier tatsächlich Schlosser, die pro Stunde 16, 18 und 20 S verdienen. Hört Jemand auf und es fehlt ihm eine Kleinigkeit am Werkzeug, was ein Anderer sich geliehen hat, so kriegt er sogleich 1,50 bis 2 M abgezogen, wenn es auch nur ein Greifzirkel ist. Deshalb, Kollegen, warne ich Euch vor dieser Bude, nehmt dort keine Arbeit an.

Winden i. W. Am 13. Sept. hielt die hiesige Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse H. Schlichte über „Trusts und Ringe“ referierte. Leider war dieselbe schlecht besucht, was von der großen Plauheit der Kollegen zeugt. Hoffentlich beherzigen die Kollegen, welche anwesend waren, die Schlussworte des Referenten und agiliten fleißig für den Verband, damit sich die hiesige Zahlstelle mit anderen in der Mitgliederzahl gleichstellen kann. Anwesend waren, sage und schreibe, 23 Metallarbeiter bei ca. 300 Metallarbeitern am Orte.

Offenbach. Am 10. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Marterfeld einen Vortrag über die deutschen Arbeiterkolonien hielt. Er legte klar, daß die Kolonien durch die Selbstlichen und „Christlich-Sozialen“ zu Stande gekommen, wie man von jener Seite bestrebt ist, in der Öffentlichkeit mit solchen Palladiummitteln eine Rolle zu spielen. Die Sache sehe aber in Wirklichkeit etwas anders aus; es sei allerdings gefordert, daß die Beamten der Kolonien ein angenehmes Leben führen können, aber nach den Aussagen Derer, die schon die Kolonien in Anspruch genommen haben, sehe man mit der besten Willen kein Fettauge auf den Suppen. Die Bezahlung sowie die Verordnungen seien geradezu lächerlich zu nennen. Man müsse sich mit Leib und Seele auf bestimmte Zeit der Kolonie verschreiben. Im kältesten Winter müßten die Vermissten der Armen, die durch längere Arbeitslosigkeit an Körper und Kleidung heruntergekommen, in Dorfgruben stehen und arbeiten, wenn sie nicht in ihrem Verufe beschäftigt werden können. Das Ende dieses ganzen Jammers sei, daß, wenn ein Kolonist austritt und er glaubt, nun noch etwas Reisegeld zu erhalten, er häufig sehr enttäuscht wird. Er zieht nun mit leeren Taschen auf die Landstraße, um nur zu bald in das alte Verhältnis zurückzukehren. Redner erklärte zum Schluß, daß nur die modernen Arbeiterorganisationen geeignet seien, die Arbeiter vor diesen Schicksalen zu bewahren. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt und man den Gültrower Kollegen die größte Sympathie entgegenbrachte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kuhla. Am 10. September referierte hier Kollege Genstirch aus Hannover über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Die Ausführungen des Referenten fanden allgemeinen Beifall. Mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. A. wurde die Versammlung von dem Bevollmächtigten aus Eisenach geschlossen. Nach Schluß ließen sich 20 Mitglieder aufnehmen. Da die Kuhlaer Kollegen vorläufig nicht im Stande sind, eine eigene Filiale zu gründen, so haben sie sich zur Filiale Eisenach gemeldet.

Schmalkalden. Am 9. September fand hier im Saale der „Hofenau“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Genstirch aus Hannover einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Das moderne Raubrittertum und die Arbeiterorganisation“ hielt. Redner wies treffend nach, daß das moderne Raubrittertum dem früheren Raubrittertum weit voraus geeilt sei und dasselbe weit in den Schatten stelle. An der Diskussion beteiligte sich kein Gegner, es erhielt der fröhlich hier beschäftigte Genosse Hugo aus Schwelge das Wort. Redner, mit den Verhältnissen der Arbeiter des Kreises vertraut, beleuchtete noch einmal das

Bild des Glends, welches gerade dieser Kreis, besonders der Steinbacher Grund mit seinen Nagelschmieden, wo bei einer Arbeitszeit von 14-16 Stunden ein Tagelohn von 20 S bis 1,40 Mk beträgt, bietet, und stellt den Anwesenden nur einen Weg, um diesem Glend zu entgehen, in Aussicht, nämlich den, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Auch die Ausführungen dieses Genossen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Sodann schloß Genosse Genstirch mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich dem D. M. A. anzuschließen. Nachdem der Vorsitzende nochmals aufgefordert hatte, sich zu organisieren, schloß derselbe die von nahezu 200 Personen besuchte, sehr interessante Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den D. M. A. Wir hoffen, daß die Bemühungen und das Geld, welches für diese Versammlung ausgegeben worden ist, nicht verloren geht und wir die Genugthuung haben, die Mitgliederzahl wieder steigen zu sehen. Jeder ist sehr wenig Hoffnung auf baldige Erfüllung obiger Wünsche vorhanden. Denn speziell die hiesige Arbeiterschaft ist in dem so schweren Kampf ums Dasein gar zu sehr versumpft und zu wilden Egoisten geworden. Schmalkalden hat seine Geschichte, es wurde schon vor Jahrhunderten mit dem heutigen Ausbeutungssystem bekannt gemacht, denn schon der damalige Landgraf von Hessen sagte: Schmalkalden ist meine Goldgrube. So sind die Arbeiter des Kreises von Generation zu Generation, schon von Kindesbeinen an, an blutige Armut und Entbehrung gewöhnt und schlagen nun alle Mahnrufe, sich aufzuraffen und mitzukämpfen um ein besseres Dasein, in den Wind. Deswegen ersuchen wir die wenigen Mitglieder, welche wir noch hier am Platze haben: Thut Eure Schuldigkeit und kommt den Verpflichtungen, welche Euch der § 9 unseres Statuts auferlegt, nach und sucht da, wo es Euch nur möglich ist, das Solidaritätsgefühl bei Euren Mitarbeitern zu wecken, sucht sie mit dem Zweck und Nutzen des Verbandes bekannt zu machen und fordert sie auf, Mitglieder desselben zu werden. Leider ist zu sagen, bis jetzt habt Ihr noch sehr wenig an diese Pflicht gedacht, denn sonst wäre es nicht möglich, daß die Mitgliederzahl eine so geringe geworden wäre. Also auf Kollegen und werbet immer neue Streiter, damit wir bald wieder eine Verwaltungsstelle gründen können.

Waldsiedel. Am 14. September wurde hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in der „Zentralherberge“ abgehalten. Erster Punkt war: Die moderne Buchhausarbeit. Genosse Theiß aus Hamburg hatte hierüber das Referat übernommen. Er entlehnte sich seiner Aufgabe in klaren Ausführungen. Zweiter Punkt war: Delegiertenwahl zu der am 30. September in Neumünster stattfindenden Konferenz. Es waren die Kollegen Kaufmann und Stahl als Kandidaten aufgestellt. Das Ergebnis der Abstimmung war Stimmengleichheit. Durch das Votum wurde Kaufmann zum Delegierten bestimmt. Bei „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Kosten für den Delegierten. Der Antrag, das Geld durch Sammelkassen aufzubringen, wurde angenommen.

Wolfsenbüttel. Am 8. September fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Als Referent hatte sich Genosse Schlichte aus Dortmund eingefunden. Referent hielt einen längeren Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Er beleuchtete an einigen Beispielen, wie die Maschine in vielen Gewerken die Arbeiter überflüssig, brotlos mache, und daß diese Arbeitslosen, von Hunger und Verzweiflung getrieben, den Unternehmern für einen Spottpreis sich zum Arbeiten anbieten, wodurch die Lebenslage der gesamten Arbeiter verschlechtert wird. Nur eine feste Organisation könne die Arbeiter vor Übergriffen der Unternehmer schützen. Referent beleuchtete ferner die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, wie sie stets auf Seite der Unternehmer ständen und den Organisierten bei Kämpfen um Besserung ihrer Lebenslage in den Rücken fallen. Mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Nürnberg. In der am 1. September abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer kam u. A. auch der Punkt: „Die Notwendigkeit der Gewerkschaftskongresse“ zur Verhandlung. Kollege Gagner bemerkte hierzu Folgendes: In Nr. 33 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ befindet sich eine Notiz, betreffend den nächsten Gewerkschaftskongress. Redner ist der Ansicht, daß dieser Kongress ganz ausfallen kann, denn eine direkte Notwendigkeit, denselben abzuhalten, ist nicht vorhanden. Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert, wurde eine Resolution angenommen, wonach zur Zeit ein Gewerkschaftskongress nicht für nötig erklärt wird.

Schlager.

Nürnberg. Kollegen! Es ist traurig, daß immer wieder sogar die organisierten Kollegen „angebettelt“ werden müssen, was, was sie längst aus eigenem Antrieb thun müßten, endlich auch einmal zu thun, nämlich: die Versammlungen zu besuchen. Traurig ist es von Euch, Kollegen, daß Ihr wohl Zeit habt für Kartenspiel, Kegelschieben und anderen Klumbim; für Versammlungen, die sich mit unserem Glend beschäftigen und damit, wie dasselbe beseligt werden kann, da habt Ihr keine Zeit. Nach dem, wie es in unserem Gewerbe jetzt aussieht, wie das prächtige Unternehmertum mit uns verfährt, sollte jeder Kollege mitnehmen an der Befreiung des Proletariats aus dem Joche der Kapitalisten. In der vorigen Woche wurde bei Wittstein eine Bohrerreduktion von 5 Prozent angekündigt; die Gehilfen nahmen dieselbe an. Montag darauf war Versammlung, doch die meisten der dort beschäftigten Gehilfen glänzten durch Abwesenheit. Wir glauben nicht zu rathen, wenn wir die Meinung kund geben, daß diese Bohrerreduktion den Leuten unangenehm ist. Freilich kommt man zu anderer Meinung, wenn man diese Leute am Werkisch hört. Dort führen sie das große Wort und nehmen den Mund voll, in die Versammlungen zu kommen und ihr Glend dort zur Sprache zu bringen, dazu fehlt ihnen der Muth. In anderen Werkstätten sind es die Kapitalistenknechte, genannt Werkführer, welche durch alle möglichsten und unmöglichsten Schikanen den Arbeiter drücken. Doch von dieser Sorte werden wir das nächste Mal etwas mehr berichten.

Feilenhauer.

Wiesing. Der Sirell der Feilenarbeiter, Gärtner, Schmiebe u. d. d. d. fort. Die Situation ist günstig, sämmtliche Streikende, 76 Mann an der Zahl, sind fest entschlossen auszuharren. Nur ein einziger Streikbrecher ist zu verzeichnen: Wenzel Malowec, Feilenhauer, welcher durch Speicheldrüse es zum Werkführer brachte und jetzt die Arbeiter schädigt, indem derselbe in jede Branchenarbeit eingreift und öfters 18 Stunden täglich arbeitet. Die Lohnverhältnisse der Feilenhauer, Schmiebe u. d. d. d. Firma A. Schütz waren immer die schlechtesten zu nennen. Die Forderungen wurden immer gemacht: „Heute, habt Geduld, wann es mir wird besser gehen, werde ich zahlen was möglich ist.“ Nun ist aber den Arbeitern die Geduld ausgegangen. Herr Schütz hat die Arbeiter immer verhöhnt, damit er seine Fabrik immer vergrößern, Fabriken dazu kaufen, Häuser bauen und die Arbeiter bei einer Arbeitszeit (wie es besonders bei den Schmiedelöhnen war) von 18 Stunden täglich, mit Entlohnung von 6-12 Kr. per Stunde ausbeuten konnte. Diefers ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter bei der überlangen Arbeitszeit ohnmächtig wurden. Herr Schütz äußerte sich dazu: „Der Kerl ist so viel abgelebt.“ Indem nun sämmtliche Arbeiter dieser Ausbeutung nicht mehr länger aushalten konnten, stellten die Feilenarbeiter am 12. August l. J. die Forderung: a) zehnstündige Arbeit, b) entsprechende Tarifierhöhung, c) Freigabe des 1. Mai ohne vorheriges Ansuchen, d) Wiederaufnahme eines gemäßigten Genossen, e) humane Behandlung von Seite der Vorgesetzten. Sämmliche Forderungen wurden am 16. August voll und ganz genehmigt. Am 18. August kündigten sämmtliche Schmiebe und stellten die Forderung: a) zehnstündige Arbeitszeit, b) Minimallohn für die Helfer 1 fl. 40 Kr. mit entsprechender Steigerung für Feuerhürchen, c) den 1. Mai als Feiertag ohne vorheriges Ansuchen, d) des Streiks wegen darf Niemand entlassen werden. Diese Forderungen wurden von Herrn Schütz nicht bewilligt, jede Unterhandlung wurde abgewiesen und am 16. September sämmtlichen Schmieden die Arbeitsbücher durch den Gemeinbediener zugestellt. Auf dieses hin stellten sämmtliche Feilenarbeiter, 48 an der Zahl, am 17. d. M. die Arbeit ein und verlangten Wiederaufnahme der Schmiebe, sowie Unterhandlung über die gestellten Forderungen. Am Donnerstag, den 19. September, wurde ein Komitee von vier Mann entsendet, welches beauftragt war, diese Angelegenheit zu schlichten. Herr Schütz zeigte sich aber prohenhaft und erklärte, ein Komitee kenne er nicht, Jeder müsse einzeln kommen. Zwei Vorgelassenen erklärte er, daß Jeder anfangen kann mit der Bedingung, daß er aus der Organisation austritt und um den alten Lohn arbeitet. Nach dem ganzen Vorgehen handelt es sich um die Zerstückung der Organisation für das Wiesingthal. Weitere Verträge folgen. Im Streik stehen 36 verheirathete und 40 ledige Genossen. Zugang sämmtlicher Branchen ist strengstens fern zu halten.

Zuseln Pfeffer, Feilenhauer bei Herrn Dr. Nefer in Wiesing H.-O. **Wolfsenbüttel.** Zu Tag und Träumen der wolgenden Kollegen sei auf die Werkstätte der Firma Wittke Gentes hingewiesen, damit sie davor behütet werden, der Unnehmlichkeiten und Freuden dieser Bude

theilhaftig zu werden. Denn eine Freude ist es zu nennen, wenn man sieht, daß der Werkführer Gentes eine andere Zeitrechnung gelernt hat, als die gebräuchliche. Denn die Gesellen müssen ihn erst erinnern, daß die Woche um ist, und wenn das geschehen, erklärt er kurz und bündig: Ich habe nichts, aus dem Rücken können Sie mir nichts schneiden, und macht große Augen über die „Friedlichkeit“, daß man ihn an seine Pflicht, den Lohn auszugeben, erinnert. Er hält einem dann so lange mit Redensarten hin, bis sich endlich die ganze Sache als Schwindel entpuppt. Wundern muß man sich, daß ein Mann, der vermöge seiner Unkenntnis im Feilenhauer auf fremde Hilfe angewiesen ist, sich derartiger Mittel bedient und sich dann noch einbildet, von Selten aufgellärter, gebildeter und Ehre besitzender Arbeiter beachtet zu werden. Nun mag er in diesem Wahne fest werden, die Kollegen werden ihn wohl nicht stören, eingedenk der Worte: Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am die Metallarbeiter in Sachsen!

Kollegen! Wie Euch bereits bekannt sein wird, ist seitens der Polizeidirektion und der Königl. Amtshauptmannschaft in Chemnitz die Erklärung der Einzelmitglieder des Verbandes in Chemnitz, Gabelnz, Silberdorf und Kappel zu Vereinen erfolgt und diese sind dann aufgelöst worden. Der Verbandsvorstand hat, da ihm dieses Vorgehen unerträglich erschien, ein Vorstandsmittglied beauftragt, mit den betr. Behörden zu unterhandeln, sowie alle den Bestand der Einzelmitglieder in Sachsen sichernden Maßnahmen zu treffen. Der derart Bevollmächtigte ist bei der Polizeidirektion und der Königl. Amtshauptmannschaft in Chemnitz vorstellig geworden und berichtet über das Resultat Folgendes:

Die Polizeidirektion in Chemnitz begründet ihr Vorgehen gegen die Einzelmitglieder in Chemnitz mit deren in ihren öffentlichen Versammlungen wahrgenommenen Erörterung öffentlicher und politischer Angelegenheiten sowie mit der Annahme, daß die Versammlungen sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt haben. Unabhängig von dieser Auflösung steht und nicht als Fortsetzung des verbotenen Vereins gilt nach Versicherung des Polizeidirektors Herrn Siebbrat die Thätigkeit des vom Verbandsvorstand eingesetzten Bevollmächtigten resp. Vertrauensmannes, soweit sie sich auf Entgegennahme der Beitrittserklärungen, der Beiträge, der Auszahlung des Reisegelds und Zustellung des Verbandsorgans an die Einzelmitglieder erstreckt. Ebenso würde die Behörde gegen die Abhaltung von Versammlungen der Einzelmitglieder nichts einzusetzen haben, sofern in ihnen nur Verbandsangelegenheiten erörtert werden würden.

Die Königl. Amtshauptmannschaft erblickt ebenfalls in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen der Einzelmitglieder in Gabelnz, Silberdorf und Kappel, sowie in der eigenmächtigen Verfügung der Vertrauensmänner über einen Theil der Beiträge, in den durch Wahl von Einzelmitgliedern gemachten Vorschlägen ihrer Vertrauenspersonen, sowie in der Selbstständigkeit der Letzteren, Mitglieder aufzunehmen, das Bestehen einer örtlichen Organisation, erklärte aber gleichfalls, nichts dagegen einzuwenden zu können, wenn der Vorstand Bevollmächtigte zur Einziehung der Beiträge, zur Zustellung des Verbandsorgans und zur Vermittelung des Verkehrs der Einzelmitglieder mit dem Verbandsvorstand ernennen und für jede einzelne Handlung besonders ermächtigen würde. Ferner würden auch die Versammlungen der Einzelmitglieder, sofern in ihnen keine politischen Angelegenheiten erörtert würden, unbeanstandet bleiben. Im Anschluß an Obiges theilen wir den Einzelmitgliedern in Sachsen mit, daß von uns sofort in Chemnitz, Gabelnz, Silberdorf und Kappel Bevollmächtigte eingesetzt und mit ausreichenden

Instruktionen versehen worden sind und mügen sich die Mitglieder dieser zum Verkehr mit dem Vorstandsvorstand bedienen.

An die übrigen Metallarbeiter richten wir das Ersuchen, endlich einmal aus ihrer Lethargie zu erwachen und durch zahlreiche Beitritt zur Organisation den sächsischen Metallarbeitern die Stellung erringen zu helfen, die ihnen nach dem Stande ihrer Industrie gebührt.

Stuttgart, den 19. September 1894. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Situation in Gütrow ist bis jetzt unverändert. Der Zuzug ist noch immer ziemlich stark, jedoch ist es den dortigen Kollegen bisher gelungen, ihn wieder abzuschleppen. Die Fabrikleitung beharrt noch immer auf ihrem proklamierten Standpunkte und ist trotz der Vermittlungsversuche, die die großherzoglich mecklenburgische Regierung durch den Regierungsrath Hammerstein unternommen hat, nicht zum Unterhandeln geneigt, auch ein Versuch der Streikkommission, der in dieser Woche gemacht wurde, dem Direktor und dem anwesenden Aufsichtsratsmitglied Vorschläge zur Beilegung des Streiks zu machen, scheiterte daran, daß die Kommission nicht vorgelassen, sondern ihr bezeugt wurde, so schnell als möglich die Fabrik zu verlassen.

Bis zum 22. Sept. hatten trotz erfolgter schriftlicher Mahnung folgende Verwaltungsstellen die Abrechnungen für das I. Quartal 1894 noch nicht eingesandt: Barmen, Redarou, Wilhelmshagen bei Hamburg, Beulenroda.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 19376 des Formers Friedrich Schilling, geb. zu Tuitlingen am 3. März 1869. 32827 des Klempners Friedr. Kierich, geb. zu Breuen am 10. Dezbr. 1875. 38358 des Klempners Otto Andersen, geb. zu Wilsdorf am 3. Januar 1874. 72705 des Schlossers Moritz Claus, geb. zu Rabefeld am 27. Mai 1870. 73006 des Schlossers Karl Herwig, geb. zu Peterswaldau i. Schles. am 23. April 1870.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zuzug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Gütrow, Dreher von Leipzig-Plagwitz (Schwiderly) Nähmaschinenarbeiter von Altenburg (Nähmaschinenfabrik von Winstelmann), Klempner von Deuben b. Dresden (Emailröhre Braune & Aeh), Metall-drücker von Nürnberg (Schöner, Metallwaarenfabrik), Fernmacher von Reula, Metallarbeiter von Barloruhe (Metallpatronenfabrik).

Die Metallarbeiter in Budapest haben wegen Differenzen über die Firma Egger & C. in Budapest den Boykott verhängt, es ist also auch nach dort hin der Zuzug fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongreßprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Der Schlosser Karl Waan, eingetreten in Kiel, sowie Emil Wählinger aus Mannheim, in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1893 in Warburg in Hessen in Arbeit, und das Mitglied Karl Geller, geb. zu Johann-

Georgenstadt i. S., Buch Nr. 39832, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner wollen ev. zur Auskunftserteilung beifällig sein.

Trotzdem wir bereits am 20. Dez. v. J. und nochmals am 26. April d. J. die jetzigen Verwaltungsstellen brieflich gemacht haben, welche mit dem 4. Juni 1892 ausgegebenen Generalkommissionsmarken noch nicht abgerechnet hatten, haben nachstehend verzeichnete Verwaltungsstellen bis heute noch nicht abgerechnet und ersuchen wir hiermit dringend, dies baldigt zu thun, damit wir endlich in der Lage sind, mit der Generalkommission in Hamburg abzurechnen. Es stehen noch aus: Dresden-W., mit 74 St., Essen mit 260 St., Selde in Holstein mit 20 St., Lissa mit 16 St., Mühlhausen in Thür. mit 40 St., Nürnberg, Metallschläger mit 3 St., Nürnberg, Feilzeugindustrie mit 38 St., Nienstedt mit 145 St.

An die Verwaltungsstellen des Bezirks Hessen u. Hessen-Nassau.

Begnuehend auf die Bekanntmachung des Kollegen Donges in Nr. 37 dieser Zeitung, die Konferenz betreffend, theilen wir den Kollegen mit, daß dieselbe Sonntag den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr, in unserem Versammlungsort Gasthaus „Zur Stadt Maunheim“, Schloßgasse 27, stattfindet.

Ferner ersuchen wir die Ortsverwaltungen, die Namen und Ankunft der Delegirten uns mittheilen zu wollen, damit wir in der Lage sind, dieselben an der Bahn abholen zu können. Die Empfangskommission wird durch roth und weiße Abzeichen erkennbar sein. Alle Zuschriften sind zu richten an den Bevollmächtigten Christoph Wurm, Brandgasse 14, Darmstadt.

Mit kollegialem Gruß Die Ortsverwaltung Darmstadt.

Vermischtes.

Per Inserat gehen die Hirsch-Dunder'schen Gewerkeinsapostel auf die Mitgliedsuche, wie aus der neuesten Nummer des „Schw. B.“ zu ersehen ist. Man liest dort:

„Arbeiter, organisiert euch. Eisen- und Metallarbeiter, Tischler und verwandte Berufsgenossen, Fabrik- und Handarbeiter, Schuhmacher und Lederarbeiter, Einblattdrucker, Schneider und Stappenschneider, Lithographen und Maler, Kleinfleute, Bauhandwerker, Zigarrenarbeiter, Hajner usw., tretet den euch den besten Schutz bietenden Gewerkevereinen (Hirsch-Dunder) bei, gründet allerorts Vereine und fordert Statuten und weitere Auskunft durch J. Scheel, Urm, Olgastr. 76.“ Da die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine, statt sich in Gegensatz zu dem Unternehmertum zu stellen, stets sehr zahl und kriechend auftreten und das immer weitere Vordringen der Sozialdemokratie verhindern sollen, so sind sie selbstverständlich bei den Unternehmern „lieb“ und werden gehätselt und gepflegt. Das Organ des Großindustriellen Mauerer in Oberndorf, der „Schw. Bote“, widmet ihnen aus Anlaß der Annonce nachfolgende Empfehlung: „Im Inseratenhefte dieses Blattes befindet sich eine Aufforderung an die Arbeiter aller Berufe, sich den Gewerkevereinen anzuschließen, auf welche wir hierdurch noch besonders aufmerksam machen. Die Gewerkevereine, welche auf friedlichem Wege die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erstreben, haben sich schon seit Jahren an verschiedenen Orten unseres Schwabenlandes und dem benachbarten Bayern und Baden eingebürgert und ist es Zweck dieser Aufforderung, dieselben in immer weitere Kreise zu tragen; sie stehen im Gegensatz zu den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie, weshalb es besondere Pflicht der Arbeitgeber und aller Gebildeten aus der Gesellschaft ist, allerorten die Gründung solcher Vereine zu fördern. In Anerkennung ihres Wertes, nicht allein für den Arbeiter, sondern für Staat und Gesellschaft haben sich auch bei uns Männer gefunden, welche den Gewerkevereinen das Wort geredet und wollen wir insbesondere an einen Artikel von Regierungsrath Baummeister Unselb in Ulm (in Wid's Gewerbezeitung 1890), „Arbeiter und Arbeitgeber“ beistellt, erinnern, welcher besonders den Gewerkevereinen die Annäherung an die Gewerkevereine empfiehlt. Wer sich aber so.“ — Daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine im Wege friedlicher Vereinbarung je etwas erreicht hätten, ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden. Dagegen kann man täglich und stündlich die Erfahrung machen, daß Arbeiter, welche „auf friedlichem Wege“ etwas zur Besserung ihrer Lage thun wollen, z. B. durch Vorstelligwerden wegen Lohnreduktionen, durch Abschaffung vorhandener Mißstände usw., mit der bairischen Antwort abgepfiffen werden: „Wenns Ihnen nicht paßt, so können Sie ja gehen!“ Es ist Betrug und Täuschung, den Arbeitern vorzu-

reden, daß das Proletariat sich zu Konzeptionen an die Arbeiter bereit zeige. Was haben denn kürzlich die der Bourgeoisie angehörigen Herren in Gütrow, nämlich Bürgermeister Eißnerot, Fabrikinspektor Hennemann, Douprebriger Wilhelm, Oberlehrer Dr. Erzgräber und Kaufmann Krause für ein Entgegenkommen „auf friedlichem Wege“ bei dem Unternehmertum gefunden, als sie für die äußerst bescheidenen Forderungen der ausgebeuteten Arbeiter eintraten? Das Unternehmertum hat sie bestimpft und denunziert! Und angesichts solcher Dinge fassen die Harmoniebusier von elter Gemeinlichkeit der Interessen zwischen Unternehmertum und Arbeitern! Nur gut, daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiter den Schwundel bereits durchschaut haben und die Zahl der auf den Leim gehenden Stupel demzufolge eine ganz unbedeutende ist.

Litterarisches.

Der Bodverrath-Prozess wider Liebknecht, Behel, Depner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 10. Lieferung. S. 433 bis 480. Preis 20 S. In dem Buche erschienenen 10. Hefte nehmen die Auszüge der berühmten Liebknecht'schen Rede über die politische Stellung der Sozialdemokratie und Liebknecht's eingehende Erörterung über die Entstehung derselben und die ihr zu Grunde liegende Situation in der Politik und im Parteileben den größten Theil des Buches ein. Wer weiß, wie oft und auch noch in der letzten Zeit diese Rede Liebknecht's Gegenstand der Diskussion in und außerhalb der Partei war, der wird mit großem Interesse die Auseinandersetzungen in dem vorliegenden Hefte lesen. Man fühlt sich, wenn man die große Rede B.'s vor dem Gerichtshofe liest, in die Zeit der schroffen Gegensätze zwischen Eisenachern und Lassalleanern versetzt. Sicherlich denkt heute in der Partei Niemand mehr in gleicher Weise über diese Verhältnisse, aber zum Verständnis der Parteikämpfe jener Zeit ist andererseits diese Rede überaus werthvoll. Das Heft enthält ferner juristisch interessante Scharnhübel zwischen Angeklagten und Vertheidigung einerseits und dem Vorsitzenden des Gerichtshofes andererseits. Endlich enthält das Heft den Anfang des Heftigen'schen Pamphlets „Ein europäischer Soldat an seine Kameraden“. So wenig daselbe auch die Auffassung unserer Partei widerspiegelt, so ist es doch von großem Interesse, nicht bloß wegen des agitatorischen Tones, sondern auch wegen der Naivität, mit der der alte 48er Revolutionär unter dem Militär agitatorisch wirken zu können meinte.

Der Sozialdemokrat. Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Bentsch-Strasse 2). — Nr. 34 vom 20. Septbr. hat folgenden Inhalt: Wochenplan. — Eine sozialdemokratische Agrarkommission (Antrag zum Parteitag). — Anarchistisches aus Amerika. — Die Banarbeiter an der russisch-preussischen Grenze. — Parteinachrichten. — Litterarisches. — Der (27.) Trade-Union-Kongress in Norw. — Anarchistische Gewerkschaften. — Eine letzte Begegnung mit Jean Volders. — Dr. David, Landtagation VII.: Der Kleinbauer und die Unterfunktion der Arbeiter, Genossenschaften und Sozialismus. — Gewerkschaftliches. — Sozialstatistisches. — Vermischtes. — Die Bibel. (Eingefandt.) — Wie man uns behandelt. — Todtenliste.

Briefkasten.

- Aalen. Wir ersehen aus Ihrem Schreiben nicht, worüber Sie Auskunft wünschen, weil das betr. Wort absolut sinnlos ist. W. B., Dortmund. Es ist unmöglich, die Aufforderung nach dem eingesandten Text zu bringen. Man überlege doch! J. A., Essen. Daß die Anzeigen in letzter Nummer nicht erschienen sind, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß sie dem eingesandten Berichte angehängt waren, wodurch wir sie beim Einlauf übersehen haben. Wir ersuchen, Anzeigen auf ein besonderes Blatt zu schreiben. Uebrigens, wenn Anzeigen eine Wirkung haben sollen, müssen sie doch 8 Tage vor dem Termin der Versammlung erlassen werden. E. S., Halberstadt. Darüber können wir keine Auskunft geben. Schmiede, Hannover. Es ist uns unmöglich, dem gestellten Verlangen zu entsprechen. Darmstadt. In nächster Nummer.

Vereins-Anzeigen.

- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Aachen. Samstag, 6. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. T. D.: Geschäftliches. Vortrag: Boykott und Streik. Verschiedenes. Altenburg. Sonnabend, 29. Septbr., Versammlung im „Gold. Löwen“. Vortrag von Gen. Buchwald. — Diejenigen Mit-

glieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, falls dieselben ihre Mitgliedschaft erhalten wollen, an diesem Tage ihren Pflichten nachzukommen.

Altona. (Sektion der Klempner u. b. W.) Dienstag, 2. Okt., Abds. halb 9 Uhr, bei Marjes, Blumenstraße 41, Mitglieder-Versammlung. — Diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, diesen Winter einen Beisehturlauf mitzumachen, mögen sich in der Versammlung melden.

Augustburg. Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im „Blauen Bod“. T. D.: Vortrag von Herrn U. Junge aus Stuttgart. Die Kollegen werden ersucht, für diese Versammlung fleißig zu agitieren und vollzählig zu erscheinen. Beiträge können bezahlt werden, ebenfalls werden Neuaufnahmen vorgezogen. — Sonntag, 30. Sept., Rekrutenabschied mit Familienunterhaltung im „Blauen Bod“, Anfang Nachm. 4 Uhr. Einführung gestattet.

Bamberg. Samstag, 6. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im „Nothen Ochsen“.

Barmen. Samstag, 29. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal (Wwe. Hüttemann, Steinweg- und Sedanstraßenecke).

Bernburg. Sonnabend, 6. Okt., Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in Hammer's Lokal, Steinstr. 4. T. D.: Abrechnung. Verschiedenes.

Bunzlau. Sonnabend, 6. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „3 Kronen“. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Cannstatt. Samstag, 29. Sept., fällt die Versammlung wegen des Volksfestes aus. Dagegen findet Samstag, 6. Oktober die Generalversammlung der vereinigten Gewerkschaften statt, wozu unsere Mitglieder zu erscheinen verpflichtet sind.

Greifeld. Sonntag, Vormittags 11 Uhr, Versammlung. T. D.: Berathung der Statuten des Gewerkschaftsvereins. Abrechnung. — Wegen Quartalschluß wollen die Mitglieder ihre Beiträge bis Ende September begleichen.

Hessau. Sonnabend, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Müller, Friebohrstr. 14. Tagesordnung im Lokal. — Da mit Ende dieses Monats die Abrechnung erfolgt und der Bestand der Mitglieder angegeben werden muß, werden die restirenden Mitglieder ersucht, ihre Beiträge zu regeln.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Samstag, 13. Okt., bei Hönny, Körnerpl. 3, öffentliche Klempner-Versammlung. T. D.: Vortrag. Diskussion. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. Verschiedenes.

Durlach. Sonntag, 7. Okt., Nachm. 4 Uhr, in Eggen's Halle, kombinierte Mitglieder-Versammlung des hiesigen Gewerkschaftsvereins. T. D.: Bericht über die Thätigkeit der Parteikommission. Anträge der einzelnen Mitgliedschaften, resp. Mitglieder. Verschiedenes. Vortrag über die wirtschaftlichen Krisen, ihre Ursache und Folgen. — Von 6 Uhr ab gemüthliches Beisammensein.

Düsseldorf. Sonntag, 30. Sept., Nachmittags 3 Uhr, im Lokale zur „Neuen Welt“, Flingerstraße 37-39, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D.: Zeitlohn oder Stücklohn? Referent: Kollege Wag König aus Witten. — Samstag, 6. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Eisenach. Sonnabend, 30. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht über die zwei Versammlungen in Anhla. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Hleusburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 2. Oktober, Abds. halb 9 Uhr, bei Malß, Schleswigerstraße, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Wir machen die Mitglieder auf die Bibliothek aufmerksam.

Frankfurt a. M. Samstag, 29. Sept., im Saalbau zur „Weißen Bille“, Bergstr. 275, gemeinschaftliches Stiftungsfest der Verwaltungsstellen Frankfurt a. M., bestehend in Konzert, Gesang, Vorträgen, Theater und Tanz. Die Mitglieder mit Angehörigen sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen.

Gassen. Sonnabend, 6. Okt., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Schützenhaus“. Da wegen der langen Arbeitszeit mehrere Versammlungen ausgefallen, so werden die Mitglieder ersucht, vollzählig zu erscheinen, weil Mehreres zu besprechen ist.

Grünberg i. Schl. Sonnabend, den 29. Septbr., Versammlung bei Strauß. T. D.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Vertheilung von Flugblättern. Vortrag über: „Die Maschinen und ihre Bedeutung für die Arbeiter“. Diskussion und Verschiedenes. — Achtung! Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß jetzt Wilhelm

Hundertmarkt, Polnisch Kesselnerstraße 57, Kaffee ist.

Göppingen. Samstag, 29. Septbr., Abds. 8 Uhr, Versammlung im oberen Lokal der „Drei Könige“.

Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Uhrler u.) Mittwoch, 6. Okt., Abds. 9 Uhr, bei Herrn v. Salzen, Raffinaderstraße 6-7, Mitglieder-Versammlung.

Hannover. (Allg.) Montag, 1. Okt., im H. Saale des „Ballhof“ Mitglieder-Versammlung.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Dienstag, 2. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Wendling, Sangestraße 2.

Hildesheim. Samstag, 29. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Rothen Löwen“.

Hirschfeld. Die Verwaltungsstelle Hirschfeld gilt mit 1. Oktober als aufgelöst.

Kaiserslautern. (Allgem.) Samstag, 6. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der „Kaiser-Meer“, Versammlung.

Kiel. Mittwoch, 8. Okt., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Ahrens, Alte Reihe 8.

Kerr (Ostfriesland). Sonnabend, den 29. Septbr., Abds. 8 Uhr, Versammlung im Lokal.

München. (Allg.) Samstag, 18. Okt., Monats-Versammlung mit Vortrag im „Gambrius“.

Münster. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 6. Okt., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des Herrn Herzog, Neuhofstr., Mitglieder-Versammlung.

Nürnberg. Sonntag, 30. Septbr., Abends 7 Uhr, Versammlung bei Herrn Kochkämpfer.

Regensburg. Samstag, 6. Okt., Abds. 8 Uhr, in der „Stadlerbrauerei“ Rothe Löwenstraße A 81, vordere Lokalitäten, Mitglieder-Versammlung.

Rendsburg. Sonnabend, 6. Oktober, Abds. punkt halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Reutlingen. (Allg.) Samstag, 6. Okt., Abends 8 Uhr, Hauptversammlung im Lokal bei H. Köpfer.

Roslan. Sonnabend, 6. Oktbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Schulze.

Schwelm. Sonntag, 6. Oktbr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Karl Müller.

Stettin. Dienstag, 2. Okt., im Graben, „Hotel zum Stern“, Mitglieder-Versammlung.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Mitglieder haben sich genau nach dem Blottregelment zu richten; besonders den abreisenden Kollegen wird vom Bevollmächtigten nicht eher die Abreise eingetragenen, bevor sie nicht vom Bibliothekar, W. Kunze, Grünhof, Moosstr. 50/III, eine Bescheinigung über abgelieferte Blätter bringen.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stisch“, Zimmer Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Telberr. Samstag, 29. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Mühlhausen i. G. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 30. Sept., Nachm. halb 3 Uhr, Sitzung in der „Dreifönigshalle“.

Nachrufe.

Am 16. September starb nach einjährigem Krankenlager der Feilenhauer Rudolf Fiere an der Lungen- und Nierenkrankheit im Alter von 44 Jahren.

Unerwartet schnell nahm der Tod unseren Kollegen, den Former Arnold Hünen von uns hinweg.

Am 13. September verschied unser Verbandsmitglied Kleines Meißner im Alter von 44 Jahren.

Am 9. September verschied in seiner Heimat, wo er Genesung suchte, der Mechaniker Rudolph Schulz aus Siegelisdorf bei Nürnberg.

Aufforderung. Der Maschinenschlosser Wilh. Baffan, eingetr. zu Stuttgart am 26. Februar 1894.

Aufforderung. Der Klempner Aug. Dose, geb. 17. Dezember 1867 zu Hofen in Oldenburg.

Aufforderung. Der Schlosser Kurt Krause aus Weichsen, Buch Nr. 59717, wird hiemit aufgefordert.

Aufforderung. Der Dreher Kurt Moritz Nebe aus Frankenberg, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Sektion der Holz- und Glockengießer nachzukommen.

Aufforderung. Der Schlosser Mich. Beyhle mann aus Cannstatt, Buch Nr. 6529, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Brandeburg e. S. nachzukommen.

Aufforderung. Ich erlaube die Vertrauensleute um die Adresse von Wilhelm Boed, früher in Grödenberg, jetzt angeblich in Berlin.

Aufforderung. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß meine Adresse jetzt Niederstraße 20 ist.

Warnung. Die Gastwirthe und Kollegen werden vor dem Dreher Franz Guder natsch aus Niederwiesdorf, W. Nr. 76165, gewarnt.

Wir warnen hiermit vor dem Klempner Carl Schärber, Buch Nr. 67167, geb. am 2. April 1863 zu Ludwigslust.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, geb. Mark 1.50.

Der Dreher Karl Schuster aus Bünzburg wird ersucht, seine Adresse der hiesigen Ortsverwaltung mitzutheilen.

Das ehemalige Mitglied G. Anderson, z. Bt. Fabrikant in Regensburg, schreibt der Bahnhofsverwaltung seit Mai 1893 12 M.

Im Verlage der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand), Wien, VI., Gumpendorferstraße 8, ist soeben erschienen:

Naturkräfte und Naturgesetze. Gemeinverständliche Vorträge von Dr. Anton Lampa.

Assistenten für Physik an der Universität Wien. Seit 1. 82 Seiten. Preis 20 S = 12 kr.

Das Werk soll in circa 12 Hefen vollständig vorliegen. Dem Prospekto entnehmen wir folgende Stellen:

Ein Theil der Vorträge ist in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht worden und behandelt die Grundprobleme, die allgemeine Schwere, die Wärme und die Kosmogonie.

Das uns vorliegende, hübsch ausgestattete, mit einem Porträt Isaac Newton's geschmückte erste Heft enthält u. A.: Methode der Naturforschung.

Die Sprache ist klar und verständlich, die Darstellung populär, ohne leicht zu sein. Wir können unseren Lesern die Anschaffung des Werkes bestens empfehlen.

Zwei tüchtige solide Feilenhauer finden dauernde Arbeit bei gutem Lohn bei Carl Schlenz, Feilenhauer, G. L. W.

Suche für meinen Sohn, welcher 3 1/2 Jahre die Gelbgießerei erlernte, zum 15. Okt. oder später passende Stellung zu weiterer Ausbildung.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, geb. Mark 1.50. Durch J. Scher m. Nürnberg u. alle Buchhandl.

Anzeigen.

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den am 12. Juli 1890 in Göppingen geborenen, in Gmünd wohnhaften verheiratheten Eisengießer Heinrich Schwarz wegen Verleumdung hat die Ferienkammer des Königlich Landgerichts zu Gmünd als Strafkammer in der Sitzung vom 3. September 1894, an welcher Theil genommen haben: 1. Landgerichtsrath Willich, Vors., 2. Landgerichtsrath Götz, 3. Landgerichtsrath Witz, 4. Landrichter Hartmann, 5. Landrichter Mayer, als Richter, Staatsanwalt Dr. Wätz, als Beauftragter des Staatsanwalts, Landgerichtsschreiber Kochendörfer, als Gerichtsschreiber für Recht erkannt: Der Angeklagte ist eines Vergehens der Verleumdung schuldig und wird hierwegen zu der Geldstrafe von dreißig Mark, welche im Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von sechs Tagen verwandelt sein soll, verurtheilt.

Alle Exemplare der Nr. 2 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ in Nürnberg vom 23. Juni 1894, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Aufforderung. Die ehemaligen Mitglieder: 1. Der Schlosser Ed. Lehmann, früher in Saalfeld, 2. der Schleifer Ch. Linke, jetzt in Erfurt, werden hiemit nochmals aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegen die Bahnhofsverwaltung Altenburg unverzüglich nachzukommen.

Aufforderung. Ich erlaube die Vertrauensleute um die Adresse von Wilhelm Boed, früher in Grödenberg, jetzt angeblich in Berlin, und um die Adresse von Hugo Rose aus Königsberg i. Ostpr.

Aufforderung. Der Schlosser Albert Krause, Buch Nr. 51482, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltung Hersfeld nachzukommen, sowie das geliehene Buch zurückzuerstatten.

Aufforderung. Unerwartet erregt den Klempner Wilh. Pünzel, Buch Nr. 25145, betr. Gewerkschaftsfest, den Former Karl Bichtenfeld, Buch Nr. 53301, betr. Zustellung seines Mitgliedsbuches, und den Former D. Anderson, betr. Zustellung eines nach hier adressirten Briefes aus Hensburg, um Angabe der Adresse.

Aufforderung. Ich erlaube die stolligen von Leipzig-West um Angabe der Adresse des Verbandsmitglieds Wilhelm Meißel, Schlosser. G. Brügler, Leipzig-Lindenau, Karl Heinestr. 66.

Aufforderung. Ich erlaube die Vertrauensleute um die Adresse von Wilhelm Boed, früher in Grödenberg, jetzt angeblich in Berlin, und um die Adresse von Hugo Rose aus Königsberg i. Ostpr.

Aufforderung. Ich erlaube die Vertrauensleute um die Adresse von Wilhelm Boed, früher in Grödenberg, jetzt angeblich in Berlin, und um die Adresse von Hugo Rose aus Königsberg i. Ostpr.